Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim

April 2011, 21. Jahrg.

Anti-Atom-Demo

Protest gegen schwarz-gelbe Atom-Politik in Eberswalde

Von Sebastian Walter, Kreisvorsitzender die LINKE

Nach den schrecklichen Ereignissen im Atomkraftwerk Fukushima in Japan waren in Deutschland Trauer, aber auch Wut, überall spürbar. Deshalb hielten seit dem 14. März jeden Montag viele hundert Protestierende eine Mahnwache auf dem Marktplatz in Eberswalde ab. Die LINKE Barnim, Grüne und die evangelische Jugend Eberswalde riefen gemeinsam zu den Protestaktionen auf. Viele Menschen machten ihrem Unmut über die Allgemeinplätze der Bundesregierung Luft. Spätestens jetzt muss klar sein, dass die Atomkraft nicht sicher ist. Es gibt auch kein Restrisiko, sondern die Atomkraft an sich ist ein Risiko, das unbeherrschbar ist und bleibt. Deshalb protestierten und mahnten in Eberswalde die Menschen einen schnellstmöglichen Atomausstieg an. Auch ein Moratorium wird hier nicht helfen. Zumindest die sieben ältesten AKWs müssen in Deutschland sofort vom Netz genommen werden. Die LINKE fordert den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2015. Diese Forderung ist nicht utopisch. Nirgendwo in Deutschland ging ein einziges Licht aus, als die Atomkraftwerke abgeschaltet wurden. Die Sicherheit ist wichtiger als die Interessen der Atomkonzerne. Deshalb müssen die Erneuerbaren Energien endlich weiter effektiv, bedarfsgerecht und im Einklang mit den Menschen in der Umgebung ausgebaut werden. Veranstaltungen und Aktionen sind weiter in Planung, um auch in Eberswalde Druck zu machen für eine zukunftsorientierte und sichere Energiepolitik.

Siehe Seite 12

Mehr als eine Geste ....

Rosen überreichte der Kreisvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter, am 8. März, dem 100. Internationen Frauentag. Hier im Foto: Jana Mulemba, Mitarbeiterin des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt. Die von den LINKEN im Barnim organisierten Veranstaltungen zum Frauentag waren äußerst vielfältig: Von politischen Gesprächen bis zu kulturellen Veranstaltungen war alles dabei: *Mehr dazu auf Seite 4*.

Foto: Mächtig

Horn für Werneuchen
Bergner für Wandlitz

Bürgermeisterkandidaten der LINKEN

OW-Beitrag/bc

Am 4. März nominierte die LINKE in Werneuchen ihren Bürgermeisterkandidaten. Erneut zur Wahl stellt sich der seit 8 Jahren als Bürgermeister amtierende Burkhard Horn. *Siehe Seite 13*

Die Mitglieder der LINKEN in Wandlitz beschlossen am 8. März, den 46-jährigen Rechtsanwalt Frank Bergner aus dem Wandlitzer Ortsteil Basdorf einer späteren Wahlversammlung der LINKEN als Kandidat für das Bürgermeisteramt vorzuschlagen. Er soll im Herbst 2011 unter anderem gegen Amtsinhaber Udo Tiepelmann (SPD) antreten. *Siehe Seite 14*

Voraussichtlicher Wahltermin soll in beiden Orten der 11. September sein.

20 Jahre Offene Worte

Eine Geschichte des Barnim aus Sicht der LINKEN

Von Berit Christoffers für die virtuelle Redaktion

20 Jahre OW sind 20 Jahre politische Geschichte, 20 Jahre Geschichte des Kreises (erst Altkreis Bernau, dann Barnim) und interessanterweise auch 20 Jahre technische Geschichte.

Angefangen haben die OW im April 1991 mit Bleistift, so genanntem Spiegelpapier und einer Bildberechnungsscheibe. Die Zeitung jeden Monat so herzustellen kostete viel Zeit, mehrere Korrekturen waren erforderlich und sehr mühsam, was nicht passte, offenbarte sich erst beim Setzer. Da wurde nächtelang um Halbsätze und Buchstaben gerungen. Dank an diejenigen, die die ersten Jahre in harter Arbeit begleitet haben. Dank an alle Mitstreiter. Dank an alle, die die OW unermüdlich verteilen: auf Märkten, in Briefkästen, in Basisgruppen der PDS/der LINKEN. Und: Dank den treuen Leserinnen und Lesern. Heute wird die OW mit elektronischen Programmen und digitaler Technik hergestellt. Der ehrenamtliche Zeitaufwand ist nicht geringer, aber effektiver geworden. Auch die Redaktion ist virtuell vernetzt.

In einem **Sonderteil auf den Seiten 5 bis 11** wurden 20 Jahre „OW-Schlagzeilen“ zusammen gefasst. Das war eine schwere Aufgabe. Denn manche OW war so voll interessanter Themen, dass die Entscheidung schwer fiel, nur ein einziges auszuwählen. Wir haben deshalb versucht, uns im Wesentlichen auf den Barnim mit seinen Städten und Gemeinden zu konzentrieren: Viel Spaß beim Stöbern in 20 Jahre Kreisgeschichte aus Sicht der LINKEN.

In dieser Ausgabe:

Schorfheide:
Auf den Hund gekommen?
Seite 2

Brot aus Bernau
Demo für Lieken-Beschäftigte
Seite 3

100. Frauentag
Staatssekretärin zu Gast
Seite 4

20 Jahre OW
Eine politische Geschichte
Seiten 5 bis 11

Energiedebatte
Ja zu Erneuerbaren
Seite 12

Altanschließer
LINKE Panketal für Einwohnerversammlung
Seite 13

Daniela Dahn
Im Gespräch mit Dagmar Enkelmann
Seite 14

Vergabegesetz:
Im April in den Landtag
Seite 15

Versammlung der Barnimer LINKEN

OW-Beitrag/sw

Am **7. Mai** findet die nächste Mitgliederversammlung der LINKEN im Barnim statt: 9 bis 14 Uhr, Saal des Tourismuszentrums Eberswalde (ehemals Landesgartenschau, Eberswalder Straße). Themen: Aus der Landesregierung, Parteireform, Programmdebatte.

1.Mai im Barnim

OW-Beitrag/sw

Eberswalde: Ab 9 Uhr Demonstration von der Grabowstraße zum Marktplatz. Dort unter anderem Konzert und Stände.

Bernau: Ab 10 Uhr auf dem Marktplatz Kundgebung gegen die Schließung von LIEKEN Bernau.

Werneuchen: 10 Uhr, Markt, Stand der LINKEN.

Schorfheide: 10 Uhr, „Remix Cocktailbar“, Hauptstraße 93 in Finowfurt: Politischer Frühschoppen

Mit 5 Euro gegen Rechts

Von Juliane Lang

Gisela Müller macht als letzter konservativer Anker auf Rechtspopulismus in den Reihen der Brandenburger CDU aufmerksam – und ruft zu Spenden auf. Am 9. März ist die Kampagne „5 Euro für eine lebendige Zivilgesellschaft – und gegen CDU-Populismus mit der herzensguten Gisela

Kommentar

Müller während einer Pressekonferenz gestartet. Gisela Müller ist die ideelle Gesamtoma des Demokratischen Jugend-FORUMs Brandenburg. Als konservative Rentnerin und Christdemokratin aus Potsdam-Rehbrücke ist sie zutiefst erschrocken über fortwährende öffentlichkeitswirksame Angriffe des rechten Flügels der CDU gegenüber alternativen und zivilgesellschaftlichen Projekten und Strukturen in Brandenburg.

In einem Grußwort zum Start der Kampagne führt sie aus: „Ich bin selber christdemokratisch und stehe einer konservativen Politik nahe. Aber was hier passiert, geht doch entschieden zu weit. Ich habe mich darum entschlossen, mit meinem Enkel und seinen Freunden eine gemeinsame Kampagne zu starten. Wir wollen möglichst viele Menschen finden, die 5 € spenden und damit symbolisch zeigen, dass sie diese populistische Politik ablehnen und die Brandenburger Zivilgesellschaft mit einem konkreten Beitrag unterstützen.“ Die Spenden gehen an unabhängige und demokratische Projekte und kleine Initiativen in Brandenburg, die sich nur mühsam über Wasser halten können. Laut homepage haben bisher das „Projekt Trainingslager“ in Bernau, sowie das „Projekt Leichtbauzelt“ für den Reitverein Integration, Ladeburg, auf diesem Weg Spenden erhalten. Aktuelle Informationen sind nachzulesen im Internet unter.

www.giselamueller.org.

*Unterstützen Sie diese Kampagne mit einer Spende von 5 €. **Spendenkonto:***

Empfänger: DJB e.V.
bei: Berliner Volksbank
BLZ: 100 900 00
Kontonummer: 7391265008
Stichwort: Gisela

Auf den Hund gekommen?

Klamme Kassen in den Kommunen: Was hat Hundesteuer mit Hartz IV zu tun?

Von Günter Vogler, Schorfheide

Klamme Kassen in den Kommunen, und das nicht nur in östlichen Landstrichen. Auch anderswo wird jetzt kräftig hingelangt bei Gebühren in den Kommunen. Nur einige Beispiele, ohne als Anregung zu dienen: Bielefeld hat die Hundesteuer auf 120 € erhöht. Eine Grabstelle in Bochum kostet mittlerweile 2.430 €. In Potsdam ist es die Grunderwerbssteuer, in Heidelberg die Gebührenordnung für Abfälle und in Saarbrücken die Bettensteuer für Übernachtungen. Und die Hauptstadt ist wegen ihrer Verschwendung, so sagt man, auf den Hund gekommen und bettelt um Staatshilfe. Sicherlich könnte man noch manches andere finden, in dieser Hinsicht kann man die Kommunen durchaus als erfinderisch bezeichnen.

Wie sieht es nun in der Gemeinde Schorfheide aus? Gibt es hier auch klamme Kassen? Nun, es zeigt sich zumindest ein widersprüchliches Bild. Einerseits verfolgt man ehrgeizige Ziele und nimmt dafür nicht nur Kredite auf, sondern verscherbelt auch so manches, was bisher als Tabu galt, wie den bekannten Zeltplatz „Süßer Winkel“. Andererseits dreht man an der Gebührenschraube. Es scheint nicht überall viel zu sein und Vergleiche mit den Nachbarn, die man

Glosse

dazu präsentiert, bestätigen eigentlich nur, dass in der Gemeinde noch genügend Spielraum nach oben ist. Aber reicht das als Kriterium? Wo bleibt hier die soziale Komponente? Diese immer im Blick zu haben, dafür sind doch Gemeindevertreter und Bürgermeister einst angetreten.

Sicherlich kann ein Normalverdiener die Erhöhung der Hundesteuer wegstecken, aber wie sieht es mit Geringverdienern oder Hartz-IV-Empfängern aus? (Angemerkt sei, dass Mensch auch „ohne“ auf den Hund kommen kann, und das nicht nur durch das Finanzamt.)

5 € billigt diesen nach blamablen Gerangel der Staat für 2011 zu, um davon allein für die Hundesteuer fast die Hälfte durch die Kommune wieder zu vereinnahmen.

So weit so gut – oder doch nicht. Verhindern können es die LINKEN in der Gemeindevertretung Schorfheide gegen die Allmacht der Bündnisabgeordneten nicht, aber ein eindeutiges „Nein“ im Abstimmungsverhalten wäre das Mindeste gewesen. Dazu wird bestimmt in naher Zukunft noch Gelegenheit sein, denn aus der Verwaltung ist zu vernehmen, dass alle Positionen auf den Prüfstand kommen und da gibt es noch einiges *(siehe oben)*, wo man an der Gebührenschraube drehen kann.

Also sollten die LINKEN ihr Profil schärfen und künftig geschlossen gegen weitere unsoziale Maßnahmen stimmen, auch wenn diese mit Sachzwängen und Vergleichen mit anderen Kommunen begründet werden.

Am Bernauer Bahnhof tut sich was

OW-Beitrag/bm

Auf eine Anfrage nach einem konkreten Zeitplan zur Behebung der festgestellten Mängel nach der Sanierung der Bahnhofshalle in Bernau bei der Deutsche Bahn erhielt Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (LINKE) nun Antwort vom Konzernbevollmächtigten, Dr. Trettin. Die Anbringung des Handlaufes an der rechten Seite der Außentreppe ist für das zweite Quartal 2011 vorgesehen, ebenso wie die Installation des erweiterten Blindenleitstreifens in der Halle. Diese sollte eigentlich bereits im Sommer 2010 abgeschlossen sein.

An der Zwischenplattform des Behindertenaufgangs an der linken Seite der Außentreppe würde allerdings nichts geändert, da es hier keine baulichen Abweichungen gäbe. Doch eigene Messungen der Behindertenbeauftragten des Landkreises Barnim ergaben, dass die Zwischenplattform um 15 Zentimeter zu kurz geraten ist. Das stellt ein arges Problem besonders für Rollstuhlfahrer dar.

Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann: Tel.: 03338-459543, im: Bürgerzentrum Bernau, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de,

Wahlkreisbüro Sabine Stüber: Tel.: 03334-385155
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-mail: sabine-stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488,
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt: Tel.: 03334-385155
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 030-75541177, Fax: 030-68813487
Alt Zepernick 19, 16341 Panketal, E-mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: 18. Mai, 18 Uhr, Panketal, 15. Juni, 18 Uhr, Wandlitz, genauen Ort bitte aktuell homepage entnehmen
Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-22026, Email: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
2. und 30. Mai, 20. Juni, 18.15 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Alte Eiche“
nächster Kreistag: 4. Mai, 29. Juni, jeweils 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Bernau: 29. April, (Thema: Zuwendungen), und 11. Mai, jeweils 18 Uhr, Hussitenstr. 1, 18. Mai, 18 Uhr, (Thema: Energie) Stadtwerke Bernau, Breitscheidstr. 45, Stadtverordnetenversammlung: 12. Mai, 16 Uhr, Stadthalle Bernau; fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252, Fax: 03338-907251

Stadtfraktion Eberswalde: 2. Mai, 30. Mai, 20. Juni jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde,
Stadtverordnetenversammlung: 28. April, 26. Mai, 18 Uhr, Haus Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Regionalgruppe Cuba sí: bernau@cuba-si.org **AG Umwelt der LINKEN Barnim:** Christian.Rehmer@web.de

['solid]: solid-eberswalde@web.de **Basisgruppe Schorfheide:** jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Am Treidelsteg 6

Basisgruppe Werneuchen: 17. Juni, 19 Uhr, „Partykeller am Bahnhof“, homepage: dieLinke-werneuchen.de

OW-Spendenkonto: Die LINKE Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;
Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden für Druckkosten verwendet; Spendenquittung nach Jahresabschluss.

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156, **E-mail:** offeneworte@dielinke-Barnim.de,
download: www.dielinke-barnim.de, **virtuelle Redaktion:** Berit Christoffers, Veiko Kunkis, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig, Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSdP), Margot Ziemann **Auflage:** 17.000
nächster Redaktionsschluss: 29. April, **nächster Erscheinungstermin:** 18. Mai (Änderungen vorbehalten)
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereichter Zuschrifften und kann diese Sinn wahrend kürzen.

Brot aus der Region, für die Region!

LINKE solidarisiert sich mit Belegschaft von »Lieken« für Erhalt der Arbeitsplätze

Von Wolfgang Kraffczyk

„Brot aus der Region für die Region!“ Mit dieser Forderung protestierten am 10. März über 100 Mitarbeiter der Lieken-Großbäckerei, Mitglieder der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Vertreter politischer Parteien, darunter die Barnimer LINKE, und Bürger Bernaus gegen die angekündigte Schließung des Werkes an der Zepernicker Chaussee. Fahnen, Transparente, Trillerpfeifen sowie Tröten machten auf die prekäre Situation der rund 270 Mitarbeiter aufmerksam, die Ende April ihre Arbeit verlieren sollten. Und das alles, „nur weil die Konzernleitung Profite vor die Interessen ihrer Beschäftigten stellt“, urteilte der Kreisvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter. Auch Arbeits- und Sozialminister Günter Baaske erklärte Solidarität mit den Lieken-Beschäftigten. Er betonte, dass dort produziert werden sollte, wo auch konsumiert wird. Die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Margitta Mächtig, erinnerte an das Gebot des Grundgesetzes, dass „Eigentum verpflichtet“ und bezweifelte den Sinn, einen Produktionsstandort gegen einen anderen aufzugeben.

Gewerkschaftsvertreter sowie ein Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat des Unternehmens kündigten an, ab Mitte März vor allen Lieken-Werken Mahnwachen zu organisieren. Man wolle nicht zulassen, dass die Unternehmensführung die Belegschaften untereinander ausspielt. Die LINKE, so Sebastian Walter, wird diesen Kampf solidarisch weiter begleiten.
Mitte März hat die Konzernleitung die Schließung der Großbäckerei in Bernau zum 30. April ausgesetzt. Erledigt hat sie sich damit noch nicht.
Am 1. April hielten Beschäftigte vor der Hauptverwaltung des Konzerns in Niedersachsen Mahnwache. Sie sprachen sich gegen die Schließung der Standorte in Bernau und Achim (Niedersachsen) aus, informierte die Gewerkschaft NGG.
Im Übrigen steht auch das Brandenburger Wirtschaftsministerium im Kontakt mit Lieken, kennt aber die Absichten der Geschäftsführung noch nicht, verlautete Ende März.

Margot Ziemann (l.) und Burkhard Seeger (m.), beide Stadtverordnete der LINKEN in Bernau, und Sebastian Walter (re.), Kreisvorsitzender, gehörten wie viele weitere Mitglieder der LINKEN zu den Teilnehmern der Protestkundgebung. Foto: Kraffczyk

Bürgerhaushalt in Bernau

LINKE Stadtfraktion: Frist noch bis 30. April

Von Margot Ziemann

In Bernau wird für das Jahr 2012 erstmals ein Bürgerhaushalt aufgestellt werden. Er wird 50.000 € umfassen. Bürgerinnen und Bürger können konkrete Vorschläge für Vorhaben der Kinder-, Jugend-, Bildungs-, Senioren- oder Sportförderung, der Park- und Grünflächengestaltung oder Denkmalpflege unterbreiten. Bis auf eine Mitteilung im Amtsblatt hat die Stadtverwaltung darüber jedoch noch nicht öffentlich informiert, obwohl die Frist für die Einreichung der Vorschläge bereits am 30. April endet, kritisieren die Stadtverordneten der LINKEN.
Im Amtsblatt Nr. 4/2011 vom 21. März ist das Verfahren beschrieben und ein Antragsformular beigefügt. Die Bürgervorschläge sollen bis 30. April 2011 eingereicht werden.

Straßenbau in Nordend geht weiter

Eberswalde: Bürgerversammlungen sollen Mitsprache verbessern

Von Karin Wagner

Mit dem Baubeschluss der Stadtverordnetenversammlung wurde der Ausbau zwei weiterer Anliegerstraßen im Wohngebiet Nordend forciert. Hier sollen Sand- und Huckelpisten bald der Vergangenheit angehören. Die Anwohner des Akazienweges und der Kastanienstraße sollen noch in diesem Jahr eine ausgebaute Straße erhalten. Wissend, dass die Anlieger an den Straßenausbau finanziell über Ausbaubeiträge beteiligt werden, hat der Fachausschuss auf Bitten einiger Anlieger die Vor- und die Entwurfsplanung nochmals intensiv geprüft.
Die angeregte Einsparung bei der Straßenbeleuchtung musste zurückgewiesen werden, da die Ausleuchtung gemäß DIN-Vorschriften berechnet und errichtet werden muss. Der Einsatz von LED-Leuchten soll künftig eine energiesparende Betreibung der Straßen-beleuchtung ermöglich. Auch der Verzicht auf Regenwasserversickerungsanlagen musste abgelehnt werden. Durch den Ausbau der Straßen werden künftig bedeutend mehr Flächen versiegelt, so dass heute vorhandene Sickerschächte die Regenwassermenge nicht mehr aufnehmen können.
Dem Wunsch, die Straße mit grauen und nicht mit Betonsteinen in der Farbe Herbstlaub zu pflastern, haben die Fachleute nicht zugestimmt. Farbe, Material und auch Lampenart wurden bewusst gewählt, um dem Wohngebiet einen eigenen Charakter zu geben. Auch bei einem bewussten Umgang mit Geldern darf Ästhetik nicht zu kurz kommen und die Unverwechselbarkeit von Wohngebieten ein Anspruch bleiben. Im Übrigen haben Preisanfragen ergeben, dass anderes Material die Kosten lediglich um ca. 300 € für die Straße minimieren würde.
Auch die Einsparung von Tiefborden und der Wiedereinsatz von in der Straße vorhandenen Baustoffen wie beispielsweise Schotter waren für die Ausschussmitglieder und die Straßenbaufachleute bedenklich. Anspruch muss sein, die Straßen in einem technisch einwandfreien Zustand zu errichten. Vorhandene Materialien können nur wiedereingebaut werden, wenn sie für ihren Wiedereinbau zugelassen und zertifiziert sind. Bei allem Sparwillen, der auch gut und richtig ist, darf die Stadt nicht das Risiko eingehen, Gewährleistungsansprüche aufzugeben. Bei möglichen Schäden müsste sie diese dann auf eigene Kosten – und damit auf Kosten der Steuerzahler – beheben.
Auch wenn die Einsparungsvorschläge in diesem Fall nicht bestätigt werden konnten, so ist es doch ein gutes Zeichen, dass sich Anlieger schon in der Vorbereitung der Bauvorhaben einbringen. Da die Stadtverordneten nunmehr auch durch die Verwaltung über die Einberufung von Bürgerversammlungen informiert werden, kann hier eine neue Qualität der Kommunikation und Vorbereitung entstehen. Eine Entwicklung, die nur begrüßt werden kann.

647,40 € für Flüchtlinge

OW-Beitrag/jm

Am 21. März lud die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (LINKE) zu einem Benefizkonzert zu Gunsten des Flüchtlingsfonds Barnim Uckermark ein. Zahlreiche Gäste folgten der Einladung und konnten die wunderbare Musik der Band „Flamenco goes Gipsy“ erleben.
Frau Stüber eröffnete den Abend mit dem Gedenken an die Opfer des 21. März 1960 in Shapeville, Südafrika. An diesem Tag demonstrierten 30.000 schwarzen Menschen, um auf ihre Diskriminierung aufmerksam zu machen. Sie wurden mit Waffengewalt gestoppt. 69 Menschen starben, 180 wurden verletzt. „Rassistischen Einstellungen müssen wir uns entgegenstellen“, begründete Sabine Stüber ihre Einladung.
Auch Dr. Michael Luthardt, Landtagsabgeordneter der LINKEN, machte auf die Situation der Flüchtlinge aufmerksam. „Das Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung ist ein Grund- und ein Menschenrecht. Wer es in Anspruch nimmt, hat ein Recht auf menschenwürdige Lebensführung.“
Besonderes Augenmerk galt an diesem Tag den Sinti und Roma, der am stärksten bedrohten Minderheit in Europa. An diesem Abend kamen 647,40 € Spenden zusammen. Dieses Geld wird dringend benötigt, um Flüchtlinge im Barnim und in der Uckermark zu unterstützen. Gedankt hat Helga Thome von der Bürgerstiftung Barnim Uckermark auch denen, die eine Spende bereits direkt an die Stiftung überwiesen hatten, wie zum Beispiel Herr Platz, Vorsitzender des Unternehmerverbandes Barnim e.V.

Ausstellung

OW-Beitrag/bm

Am **21. April** wird um 17 Uhr im Bürgerzentrum der LINKEN in Bernau, Berliner Str. 17, die Ausstellung „Zwischen Ostsee und Barnim“ der Bernauer Montagsmaler eröffnet.

Biesenthaler Gespräch

OW-Beitrag/bc

29. April, 18 Uhr, Biesenthalt, Gaststätte „Alte Eiche“, Thema: „Altanschließer“ *(siehe Seite 13)*

Gleichstellungsprogramm zum Frauentag

OW-Beitrag/bc

Aus Anlass des 100. Jahrestages des internationalen Frauentages verabschiedete die Koalition von LINKEN und SPD am 8. März ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm. Darin sind konkrete Maßnahmen verankert, um dem Ziel der tatsächlichen Gleichstellung in Brandenburg näher zu kommen. „Es geht um eine angemessene Teilhabe von Frauen an Arbeit bei einer gerechten Entlohnung“, erklärte Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser (LINKE). „Der Niedriglohnsektor soll eingedämmt und unfreiwillige Teilzeitarbeit deutlich verringert werden. Die Landesregierung initiiert und fördert Projekte, die zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen beitragen“, so Kaiser weiter. Die Maßnahmen sind Ergebnis eines regen Gedankenaustausches auf Regionalkonferenzen, mit Vereinen und Verbänden.

LINKE verlieh Clara-Zetkin-Preis

OW-Beitrag/bc

Anlässlich des 100. Internationalen Frauentages verlieh die LINKE am 12. März in der Berliner Kulturbrauerei erstmals den Clara-Zetkin-Frauenpreis. Die Auszeichnung für das Lebenswerk ging an die Journalistin und Autorin Florence Hervé. Die gebürtige Französin und feministische Internationalistin ist Mitbegründerin der Zeitschrift „Wir Frauen“ und hat zahlreiche Projekte und Initiativen für Frauen organisiert oder unterstützt. (www.florence-herve.com)

In der Kategorie Projekt wählte die Jury das Projekt Discover Football des Vereins Fußball und Begegnung e.V.. Die Initiatoren dieses Projekts veranstalten ein interkulturelles Fußballturnier, bei dem sieben internationale Frauenfußballmannschaften eine Woche lang um den Pokal kicken. Vor allem die interkulturelle Begegnung der Frauen aus verschiedenen Nationen und Kulturen steht neben dem Sport bei dieser Initiative im Vordergrund. (www.discoverfootball.de)

100. Frauentag

Von politischen Gesprächen bis Geselligkeit: Barnimer LINKE organisierte Vielfalt

Eberswalde:

Von Karin Wagner

Wenn auch nicht zum hundertsten Mal, so doch seit 1990 ununterbrochen in guter Tradition, dankten die Mitglieder der LINKEN Eberswalde den berufstätigen Frauen für ihr Engagement in Beruf, Familie und Gesellschaft mit einem obligatorischen Blumengruß. Erster Einsatzort war das Unternehmen in Eberswalde, welches die meisten Frauen im Schichtbetrieb beschäftigt. Deshalb standen bereits ab 5 Uhr Genossen mit Rosen in der Hand vor dem Werner-Forßmann- und dem Martin-Gropius- Krankenhaus und zauberten ein Strahlen in die Gesichter der Mitarbeiterinnen der Nacht- und Frühschicht.
Im Laufe des Vormittags wurden dann mit Unterstützung der Land- und Kreistagsabgeordneten sowie der Stadtverordneten diverse öffentliche Verwaltungen, Kinder- und Senioreneinrichtungen besucht. Kreisvorsitzender Sebastian Walter überraschte die Beschäftigten der Kreisverwaltung.

Oben: *Margitta Mächtig im Martin-Gropius-Krankenhaus. Dort wurde sie selbst mit einer kleinen Kaffeerunde zum Frauentag begrüßt, als sie den Mitarbeiterinnen Rosen übergab.*

Finowfurt:

rechts: *Abendveranstaltung zum Frauentag für das jüngere Publikum in der Konzerthalle Finowfurt, organisiert von Kordula Steinke*
unten: *Seniorenveranstaltung zum 8. März, organisiert von der LINKEN, der Volkssolidarität und Pro Curant*
Fotos: Steinke (2), Hoffmann, Ziemann

Werneuchen:

OW-Beitrag/ks, hb

Mit farbigen Nelken überraschten Klaus Springer und Hans Buley am 8. März 60 Werneuchener Frauen auf dem Markt, im Rathaus, im Pflegeheim, beim Frisör, bei der Post und einfach auf der Straße.
Dabei gab es das eine oder andere Gespräch und schnell waren auch Erinnerungen bei denen gegenwärtig, die den Frauentag noch aus der DDR kannten. Ja, damals war das selbstverständlich und auch das: Nicht nur am Frauentag gab es Aufmerksamkeit für das weibliche Geschlecht. Die Gleichberechtigung stand eben nicht nur auf dem Papier. Es galt gleicher Lohn für Frauen und Männer. Es gab, heute fast unvorstellbar, einmal im Monat einen „Haushaltstag“.
Krippen und Kindergärten mit freundlichen Öffnungszeiten ermöglichten den Frauen Vollzeit zu arbeiten, während ihre Kinder fachkompetent betreut wurden. Und Frauen konnten darüber bestimmen, ob sie ein Kind bekommen wollen.
Leider konnten nicht mehr Nelken verteilt werden, das hätte den schmalen „Haushalt“ gesprengt. Wir wollten mit der kleinen Geste ja nur daran erinnern, dass der Internationale Frauentag, den mutige Frauen in der ganzen Welt initiierten und der zu einem politischen Tag für die Rechte der Frauen wurde, aktueller denn je ist. Und wir wollten, dass sich an diesem Tag einige Werneuchenerinnen freuen.

Bernau: Für mich soll´s rote Rosen regnen ...

Von Margot Ziemann

Am 8. März lud die Bernauer Stadtfraktion der LINKEN zu einem musikalisch-literarischen Programm ein. Es war eine unterhaltsame Hommage an die Initiatorin des Internationalen Frauentages, Clara Zetkin. Mit Augenzwinkern und Humor präsentierten die Berliner Schauspielerin Angelika Warning und ihre musikalische Begleiterin am Akkordeon, Silke Lange, ihr Programm „Clara Zetkin – Befreiungssehnsüchtige“. In Liedern, Geschichten und Texten führten sie durch das Leben von Clara Zetkin und ihre Zeit. Eröffnet wurde mit dem Couplet von Friedrich Holländer von 1919 „Raus mit den Männern aus´m Reichstag“. Aktuelle Ähnlichkeiten waren zufällig, aber nicht unbeabsichtigt. Zitiert wurde Zetkins Rede als Alterspräsidentin des Reichstages am 30. August 1932, als sie zur Aktionseinheit gegenüber den Faschisten aufrief. Antikriegslieder von Tucholsky, Brecht und Eisler schlossen sich an. Zum Schluss gab es Hildegard Knefs „Rote Rosen“. Das Publikum dankte herzlich.

Silke Lange (l.) und Angelika Warning am 8. März in Bernau.

20 Jahre OW

Das war der Anfang:

Nach nur 4 Wochen Vorbereitungszeit erschien im April 1991 die erste Ausgabe der „Offenen Worte“, damals noch für die PDS im Altkreis Bernau. Begonnen wurde mit einer Auflage von 4.500 und 4 Seiten. Aber bereits ab Mai 1991 erschienen 6 Seiten, ab September 1991 regelmäßig monatlich 8 Seiten. Herausgeber war die AG Öffentlichkeitsarbeit beim Kreisvorstand der PDS Bernau.
Verteilt wurde die OW von Beginn an kostenlos in Hausbriefkästen und die ersten Jahre sonnabends auf dem Bernauer Markt. Gerade in der Anfangszeit wurden die Verteiler oft noch dafür beschimpft, überhaupt dort zu stehen. Aber es gab auch viele interessante Gespräche.

Geht's bergab mit der PDS-Kreisorganisation? Oder zurück zur Natur? Ziel war am Ostersonnabend eigentlich nur, radelnd gemeinsam den Liepnitzsee zu erreichen. Nur 8 Leute verspürten dazu Lust. War es zu kalt? Oder kein Interesse an gemeinsamen Erlebnissen? Wie dem auch sei. Welche Veranstaltungen von Mitte April bis Mitte Mai stattfinden, lest Ihr/lesen Sie auf Seite 4.

O weh – Offene Worte

Manchmal fehlen sie uns, die Worte. Schweigen kann Gold wert sein. Sprachlosigkeit jedoch macht passiv, führt ins (politische) Abseits. Eine Stellung, die uns droht, werden wir nicht öffentlicher. Oder ist es gar schon zu spät? Ist unsere Sprachlosigkeit zum endgültigen Schweigen geworden?

Zwei Seiten müssen wir bedenken. Es gibt die PDS-Abgeordneten und ihre Versuche, konstruktive Lösungen in den Kommunen zu bewirken. Ihre Arbeit wird in den existierenden Medien vergessen, unbewußt oder bewußt verschwiegen. Und dann sind wir (noch) da – die Mitglieder, die sogenannte Basis. Unsere Verbindungen untereinander sind schlecht, weil – wir nicht in der Öffentlichkeit sind. Warum? Das liegt sicherlich am politischen Umfeld. Und es liegt an uns selbst! Daran, daß wir bisher nicht lernten, öffentlich zu sein. Und – an den politischen und praktischen Vorschlägen, die wir uns und anderen anbieten.

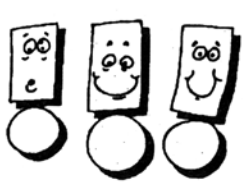
Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir von eben jenen Angeboten glauben, andere müßten sie uns machen. Obwohl – Arbeits- und Interessengruppen entstehen im Kreis Bernau. Sind es erste vage Versuche, die Sprache und das Handeln wiederzufinden? Oder ist es bereits eine Tendenz?

Es mißfällt mir, in grenzenlosen Optimismus zu verfallen. Und doch, es fand sich eine lockere Gruppe, die diese druckfertige Offerte machte. Nicht mehr und nicht weniger als ein Angebot. Es lebt oder stirbt mit seinen Interessenten, mit Euch, mit Ihnen also, von Euren/Ihren Informationen und, nicht zu vergessen, Euren/Ihren Spenden. Denn eine andere Finanzierungsvariante bleibt bei allem Für und Wider vorläufig nicht.

Offene Worte – der Name, in (Zeit-)Not geboren, muß, so meine ich, zum Synonym dieses Informationsblattes werden: Offen unser Denken, unser Handeln, unser Umgang miteinander! Öffentlich unsere (Politik-)Angebote, transparent und im Interesse der Bürger und Bürgerinnen das Engagement der PDS-Abgeordneten des Kreises!

Darum sollten wir genug tun, daß die Abkürzung für „Offene Worte" nicht in den Schmerzensschrei „O weh" mündet. Denn Ziel sollte der Ausbau dieser unserer Publikation werden, Ausbau in Inhalt und Umfang. (Nur) der Anfang ist getan.

b. c.



Mieterhöhung gerechtfertigt?

Der grundlegende Wandel im Mietrecht sowie damit verbundene Unsicherheit und Unkenntnis ermunterte die meisten der 25 BernauerInnen, am 27. März das Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten des Mieterbundes der ehem. DDR, Prof. Joachim Göhring, zu suchen. Aus der Fülle der Probleme hier nur einige Beispiele:

Sind zur Zeit Mieterhöhungen möglich?
Nein. Ausnahme bildet das Umlegen von Modernisierungskosten auf die Miete (bis zu 11%). Aber auch da hat der Mieter (im Fall unzumutbarer sozialer Härten) die Möglichkeit, dieses abzulehnen, bzw. es gibt für ihn ein Sonderkündigungsrecht.

Was zählt zur Wohnfläche?
Faustregel: Alles, was hinter der Wohnungstür ist, also auch Flur, Bad und Küche. Nicht dazu gehören Zubehörräume, wie Keller, Waschküche, Abstellräume, etc.

In den neuen Blöcken in Bernau-Süd wurden den Mietern Kaltmieten in Höhe von 3,12 DM bzw. 4,12 DM berechnet.

Ist das rechtens?
Bei „freier" Finanzierung wäre das möglich. Unmöglich ist es laut Einigungsvertrag, wenn für den Bau öffentliche Mittel verwendet wurden. Das ist in diesem speziellen Fall geschehen und betrifft ca. 10% der Erschließungskosten (Geländeregulierung, Wasser- und Wärmeversorgung etc.). Auf der Veranstaltung wurde deutlich, daß Mieter eine starke Interessenvertretung, die auch Rechtsschutz geben kann, benötigen. Vertreter des Mieterbundes wiesen darauf hin, daß sie diese Tätigkeit auch in Bernau ausüben wollen und die erste Sprechstunde am Freitag, dem 12.4.1991, um 17.00 Uhr im Rathaussaal stattfindet.

In dieser Ausgabe lesen Sie / lest Ihr u.a.:

Rentnersorgen: Zur finanziellen Lage	Seite 2
Interview mit D. Enkelmann, MdB	Seite 2
Die Treuhand und der Kreistag	Seite 3
Nachrichten aus dem Land	Seite 3
und viele Informationen	Seite 4

Schlagzeilen:

Mai 1991:
Was wird bei Hüls-Troisdorf verbrannt?
Dicke Luft über Bernau

Juni 1991:
Chaos verhindern
Klosterfelde: Gesamtkonzept für Entwicklung des Ortes

Juli/Aug 1991:
Hinter den Kulissen:
Zepernicker Demokratie: Engagierter Abgeordneter ausgeschlossen

September 1991:
Wandlitz: 5 Familien betreuen
Kinder aus Tschernobyl

Oktober 1991:
Ahrensfelde: PDS jetzt im Hauptausschuss
Der Bürgermeister-Fall

November 1991:
Kapitalistischer Frühling
OW besorgt über Landwirtschaft im Kreisgebiet

Dezember 1991:
Schönwalde:
Schutz vor unbezahlbaren Pachten

Februar 1992:
SchülerInnen zwischen Wohnung und Schule
Gefährliche Wege

März 1992:
Was wird aus unseren Wohnungen?
Treuhand hält an Übergabe der Gewobau GmbH Bernau an Landkreis fest

April 1992:
Unmut in Biesenthal
Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Schulz

20 Jahre OW
Pressefest kleiner Zeitungen ab 1992

Von 1992 bis 1998 boten die OW ein jährliches Highlight an, das dem Verständnis der Zeitung entsprach: Kultur- und Bildungsangebote mit politischen Diskussionen verknüpfen. Dazu wurden kleine, nichtkommerzielle, vor allem in Brandenburg erscheinende Zeitungen zum Pressefest eingeladen. Gemeinsam bildeten sich die Redakteurinnen und Redakteure „am Rande des Festes“ weiter. Es gab jedes Jahr viele Kulturangebote, von Konzerten mit Gerhard Gundermann über Kinderprogramme mit „Nobel Popel“ bis zu begehrten Tanzveranstaltungen. Ab 1999 wurde das Konzept zunächst vom Kreisvorstand Barnim, dann von den Stadtvorständen Bernau und Eberswalde übernommen und mit neuen Ansprüchen untersetzt, als „Sommerfeste der PDS“ bzw. später der LINKEN fortgeführt.

Schlagzeilen:

Mai 1992:
Beamteninternate kontra Frauenhaus
In Bernau-Waldfrieden

Juni 1992:
Ohne Kinder- und Gynstation?
Krankenhaus Bernau

Juli/August 1992:
Zur Abdeckerei nun Bitumenduft?
Albertshof: Bauen ohne Genehmigung?

September 1992:
Schönerlinde:
Kloake aus Berlin?

Oktober 1992:
Werneuchen: Wohnungen
Problemanalyse

November 1992:
Ladeburg:
„Patrioten“ für Bernau

Dezember 1992:
Zepernick:
Feste Schuhe nötig

Februar 1993:
Gefahr für Biosphärenreservat:
Flugplatz vor der Haustür

März 1993:
Börnicke:
Das Dorf seufzt mehr, als daß es lacht

Mai 1993:
Biesenthal:
Eigentumsfrage für Altenpflegeheim

Juni 1993:
Bernau:
Bebauung Kirchenland

Juli 1993:
Schwanebeck:
Unfug in Sachen Deponie

August 1993:
Zepernick/Abwasser:
Wer zahlt wofür?

September 1993:
Bernau:
Endlich einen Wohn-Report

OWeh – Spezial

Pressefest der kleinen Zeitungen

DAS WAR`S:

u.a. mit der Jazzdancegruppe (Bild), der Musikschule, dem Kindertheater, dem Puppenspiel, dem Autor Nauschütz, dem Liedermacher Mario Stein und vielen Gästen

mit viel Trubel für die Kinder bis zum abschließenden Lampionumzug

mit 14 verschiedenen Zeitungen

OW Oktober 1992

Und darum: Allen, die geholfen haben, daß dieses Fest so schön wird, herzlichen Dank!

Alle Helfer und Helferinnen sind herzlich eingeladen: Am 2. November, 19 Uhr, ins Bürohaus Bernau.

Stolz auf das Produkt

Es war ein Versuch, kleine Zeitungen überregional zusammenzuholen. Und daraus wurde am 12. September in Bernau das 1. Pressefest der kleinen Zeitungen.
Daß es stattgefunden hat, ist wohl schon allein ein Erfolg. Und es gab genug Anreize, die sich Gäste des Festes nicht entgehen lassen wollten. Für Kinder gestaltete sich der Hof im Bernauer Bürohaus bis in die Abendstunden zum Paradies: Theater, Malen, Hüpfburg, Ponyreiten und viele interessante Spiele lockten bis zum abschließenden Lampionumzug.
Es war ein kleines Fest, dessen Vorbereitung die OrganisatorInnen in Bernau fast überforderte. Daß es dennoch am 12. September Spaß gemacht hat, darüber sollten wir uns einfach freuen. Und unsere Erfahrungen nutzen für das 2. Pressefest...
Denn für die kleinen Zeitungen war es – abgesehen vom Fest – gut, sich über Probleme auszutauschen. Viele der Zeitungsmacher/innen sind eben Einzelkämpfer/innen. Vielleicht erreicht solch ein Pressefest auch einen gewissen Stolz auf das Zeitungsprodukt.

Danke für die Spenden zum Pressefest:

Fürs Kinderfest direkt	630 DM
PDS-Landtagsfraktion	300 DM
PDS-Stadtfraktion	200 DM
PDS-Kreistagsfraktion	300 DM
Einnahmen aus Sachspenden	1000 DM
sonstige PDS-Basisorganisationen	90 DM

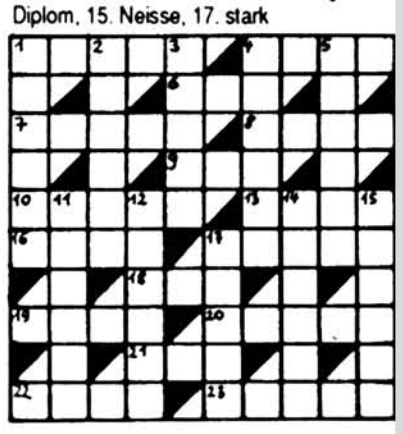
Jagd nach 1. senkrecht!

Waag.: 1. Fluß im Krs. Bernau, 4. Einzelgesang, 6. Rat, 7. russ: Ablösung, Wechsel, 8. nord. Tierart, 9. germ. Schriftzeichen, 10. Flachland, 13. dt. Mathematiker, 16. Kinderbuchfigur von P. Brock, 17. Gymnasium, 18. nimmer, 19. modifizierter Sauerstoff, 20. öde, 21. pazif. Insel, 22. nordungar. Stadt, 23. Teil der Stereoanlage

Senk.: 2. Niederschlag, 3. Stockwerk, 5. Ort der „Tour de Brandenburg“, 4. Schranke, 11. brandenburg. Stadt, 12. Teil des Bruches, 14. asiat. Stadt, 15. Hunderasse, 17. Schriftgrad

Auflösung Juli/August

Waag.: 1. Panke, 4. Affe, 6. BER, 7. Sorbe, 8. Adra, 9. nur, 10. Eleve, 13. Aden, 16. Nano, 17. Stine, 18. Gut, 19. Etat, 20. Atlas, 21. Ear, 22. Erni, 23. Kimme.
Senkr.: 1. Posten, 2. Norden, 3. Ebene, 4. Ararat, **5. Ferien,** 11. Laster, 12. Vogtei, 14. Diplom, 15. Neisse, 17. stark



Seite 8

20 Jahre OW

Erscheinen im ganzen Barnim

Ab November 1995 vollzogen auch die „Offenen Worte“ die Kreisfusion aus den ehemaligen Altkreisen Eberswalde und Bernau und erschienen nunmehr im gesamten Kreis. Die Auflage betrug nun 6.000 monatlich. Der Name änderte sich fast unbemerkt: Aus „Bernauer Offene Worte“ wurde „Barnimer Offene Worte“. Ein Jahr später wurde auch das Layout der Zeitung geändert: Der rote, viereckige „Kopf“ passte nach Ansicht der Redaktion nicht mehr zum Lesegefühl der Leserinnen und Leser – und so wurden „Kopf“ und Schrift geändert. Im Übrigen ist die OW bis heute die einzige Zeitung, die im gesamten Kreisgebiet mit dem gleichen Inhalt erscheint und nicht zwischen Ober- und Niederbarnim oder zwischen „Eberswalde“ und „Bernau“ unterscheidet.

Offene Worte

PDS-Zeitung für den Barnim, November 1996, 6. Jahrgang

Inhalt

2: Wozu Leitbild der Jugendhilfe?
4: PDS debattiert
5: Funk und frei
7: Das Ende der Toleranz?

Dargestellt.

Mehr Geld für die Kommunen

Hauptkritikpunkt des PDS-Kreisparlamentariertreffens vom 12. Oktober war die Finanzausstattung der Kommunen durch die Landesregierung. Die Abgeordneten in Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und im Kreistag fordern, daß das Land die Kürzungen im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) zurücknimmt. Im jetzigen Entwurf des Landeshaushaltes müßten 112 Millionen DM mehr Schlüsselzuweisungen und 65 Millionen DM mehr in die Investitions-

Alles hat seine Ordnung?

Von der Arbeit des Zweckverbandes Flugplatz-Finow/

Fast ein Kabarettstück in mehreren Akten

Vorspiel: Das war schon eine fast bühnenreife Lachnummer, die da am 17. Oktober im Hauptamt in Finowfurt ablief, nachdem es dem Tagungsleiter nicht gelungen war, sechs eilig eingebrachte Beschlußvorlagen noch ganz schnell unter „Sonstiges“ in die Tagesordnung zu mauscheln.

Erster Akt: Erst einmal wollten einige Vertreter ganz einfach wissen, was denn die Verwaltungsvertreter eigentlich in der Vergangenheit - unverbindlich und

Westen, um denen die Investitionen schmackhaft zu machen. Sinnigerweise zitierte der einzige Theologe am Tisch jetzt Lenin. Mit „Vertrauen ist gut, Kontrolle besser“ äußerte er mit todernster Miene Zweifel an der Investitionsbereitschaft der Wessis, womit er wohl Investoren aus den alten Bundesländern meinte. Wie konnte er nur?

Daß sich einer aus der Eberswalder Stadtverwaltung mit dem bösen Wort „Wessi“ angesprochen und

Ende gut, alles gut?

Bernau: Eigentum für Genossenschaft.

Die PDS-Fraktion hatte sich auf ihrer Sitzung am 22. Oktober mit der Vergabe des Wohneigentums in Waldfrieden beschäftigt. Unter mehreren Bewerbern kristallisierte sich letzten Endes die Waldfriedener Genossenschaft bei der großen Mehrheit der Fraktionsmitglieder als Favorit heraus. Die Gründe dafür lagen in der Bevorzugung des genossenschaftlichen Bewirtschaftens von Wohn-

Schlagzeilen:

Oktober 1993:
Bernau:
Abschluss der Debatte zur Waldsiedlung?

November 1993:
Kommunalwahlen im Barnim
Von A wie Ahrensfelde bis Z wie Zepernick

Dezember 1993:
Wahlerfolg erhöht Verantwortung
PDS zweitstärkste im (fusionierten) Kreistag Barnim

Februar 1994:
Eberswalde:
Wer Privilegien hat

März 1994:
Biesenthal:
Zweckverband Abwasser
Altstadtanschließung

April 1994:
Amt Panketal:
Dauerbrenner Rathausbau

Mai 1994:
Wandlitz:
Wird Berufsschule nach Britz verlegt?

Juni 1994:
Eberswalde:
Kleingärten teurer

Juli 1994:
Zepernick:
Regelung zum Seniorenheim

September 1994:
Bernau/Kiesabbau:
Gesamtkonzept für Barnim notwendig

Oktober 1994:
Wohnungsgesellschaften müssen an Alteigentümer zahlen
Alle Entschädigungen in einen Topf geworfen

Dezember 1994:
PDS im Hungerstreik

Februar 1995:
Bernau:
Was wird aus den GUS-Flächen?

März 1995:
Barnim:
Abfallkonzept für den Landkreis

April 1995:
Werneuchen: Wozu wird Einsparung benötigt?
Essengeld erhöht

Mai 1995:
Bernau:
KELLA 67 bedroht

Juni 1995:
Schönow: Landrat äußert sich zu Gewerbegebiet nicht
Arbeitsplätze könnten geschaffen werden

August 1995:
Wandlitz:
Verteilung der Gemeindefinanzen

September 1995:
Amt Oderberg:
Drohende Zwangsvollstreckung

Oktober 1995:
Oder-Havel-Kanal/ Eberswalde:
Ausweichstelle ökologisch bauen

November 1995:
Bernau: Nochmal Streit um Waldsiedlung:
Fallen SPD-Abgeordnete der Stadt in den Rücken?

Dezember 1995:
Werneuchen:
Kinder brachten Ball ins Rollen

Februar 1996:
Eberswalde:
Abwasserpreise stinken zum Himmel

März 1996:
Jugend in und bei der PDS Barnim

April 1996:
Berlin-Brandenburg:
Nein zum Fusionsvertrag

Mai 1996:
Eberswalde:
Arbeitsplätze müssen gewollt sein

Juni 1996:
Eberswalde: Abwasserpreise
10 Mark und nicht mehr

August 1996:
Kreis Barnim:
Kreis braucht Abfallwirtschaftskonzept

September 1996:
Offene Worte laden ein:
Gundermann – live und solo

Oktober 1996:
Bernau:
Stadtverwaltung schoss Eigentor

November 1996:
Biesenthal:
Wer nimmt Platz auf dem Bürgermeisterstuhl?

Dezember 1996:
SPD-Land Brandenburg will bei den Kitas kürzen

Februar 1997:
Kreistag beschloss Haushalt:
Erstmals PDS-Vorschläge berücksichtigt

März 1997:
Flughafen Finow:
Überflieger oder Chance für den Barnim?

April 1997:
Genmanipulierter Anbau ohne Gefahren?
Versuchsfeld bei Schönfeld unter Kritik

Mai 1997:
Schwein gehabt? Oder hält das keine Sau aus?
Zum Verfassungerichtsurteil über „Schulden“ der LPG-Nachfolger: PDS fordert, 1998 muss Entscheidung über Entschuldung fallen

Juni 1997:
Keine Kriegsflugzeuge über Eberswalde

August 1997:
Werneuchen:
Streitfall Jugendpfleger

20 Jahre OW

Ab 2003: 15.000-mal PDS kreisweit

Seit November 1999 erscheinen in den OW die Frauengeschichte(n). Auch heute noch gehören sie zu den beliebtesten Artikeln der monatlichen Ausgaben. Über die Jahre wurde die Auflage der OW immer weiter erhöht, im April 2003 betrug sie 7.500. Sonderauflagen sind darin nicht enthalten, in denen die PDS vor allem vor Kommunalwahlen ihre Ansprüche, ihre Erfolge, aber auch ihre nicht durchgesetzten Vorhaben publizierte. Hier gab es den Anspruch, dies möglichst an alle Haushalt kreisweit zu verteilen. Aber der Bedarf am regelmäßigen Erhalt der Zeitung stieg. Die Redaktion stellte deshalb im Mai 2003 die Produktion auf halbrheinisches Format um und konnte die Auflage dadurch auf 15.000 erhöhen. Alle Zeitungen werden ehrenamtlich verteilt.

Schlagzeilen:

September 1997:
Grenzstreit zwischen Altenhof und Joachimsthal:
Schwierigkeiten mit Großgemeindebildung

Oktober 1997:
Kreistag beschloss Förderung:
Dringend gesucht: Ausbildungsplätze

November 1997:
Eberswalde:
Hassschmiereien und nackte Gewalt

Dezember 1997:
Bernau: SPD/CDU-Antrag abgelehnt
Denkmal soll bleiben

Februar 1998:
Volksbegehren:
Endspurt gegen den Transrapid

März 1998:
Jugendkreistag Barnim:
Anpassen oder Ausgrenzen?

April 1998:
Bürgermeisterwahl in Finowfurt:
Kein Platz für Parteiengerangel

Mai 1998:
Perspektive für denkmalgeschützte Gebäude in Bernau-Waldfrieden

Juni 1998:
Joachimsthal:
Noch Zeit bis zur 400-Jahr-Feier?

Juli 1998:
Barnimer Sonderkreistag:
Machbare Vorschläge vollständig ignoriert

August 1998:
Kandidaten der PDS für die
Kreistagswahl 1998

September 1998:
Gegen neue Satzungen:
Abfallvermeidung wird nicht belohnt

Dezember 1998:
Nur flotte Sprüche in Bernau:
SPD und CDU lehnten Wirtschaftsausschuss ab

Februar 1999:
Schwanebeck:
Neue Wohnanlage als ewiges Provisorium?

März 1999:
Eberswalde:
Bibliotheksgebühren entsprechend ihres Zweckes verwenden!

April 1999:
Barnim:
PDS schlägt Bündnis für Regionalentwicklung vor

Mai 1999:
Jugoslawien: Stoppt den Krieg sofort!

Juni 1999:
Europawahl:
Wie geht es im Osten weiter?

Juli/August 1999:
PDS im Barnim:
Die meisten Stimmen bei der Europawahl

September 1999:
Landtagswahl:
Barnimer Troika in den Landtag!

Oktober 1999:
Bernau:
Handel muss in Innenstadt bleiben

November 1999:
Eichhorst:
Brücke über den Werbellinsee

Dezember 1999:
PDS in Eberswalde:
Mehr Einnahmen aus Liegenschaften

Februar 2000:
Tochter bringt das Geld durch:
Pleite in Joachimsthal

März 2000:
Ärger in der Koalition
Für Schulsozialarbeit wollen SPD und CDU keinen Pfennig dazubezahlen

April 2000:
Basdorf, Wandlitz, Bernau, Eberswalde, Joachimsthal, Schwanebeck: Meine Kita bleibt

Mai 2000:
Ladeburg: Kein Zusammenschluss mit Bernau
Faules Osterei?

Juni 2000:
Barnim:
PDS lehnt Neubau des Kreishauses ab

Juli 2000:
Durch PDS-Hilfe keine Einschränkung des Rettungsdienstes
Alarmsignal wieder auf blau

September 2000:
Jahrelanger Streit um Investitionen in Ruhlsdorf:
Ein Feriendorf im Gordischen Knoten

Oktober 2000:
Bernau: Kita-Gebühren erhöht
Unverständlicher Zeit- und Gelddruck

November 2000:
Gemeindegebietsreform:
Sagt was ihr wollt – es interessiert nicht

Dezember 2000:
5 Jahre Seniorenbeirat des Amtes Britz-Chorin:
Soviel wurde für die Alten noch nie getan

Februar 2001:
Der wilde Eber zeigt seine Borsten
Landesgartenschau Eberswalde auf Grüner Woche

März 2001:
Versorgung gesichert?
Kreiskoalition beschloss Schließung der Rettungswachen

April 2001:
Schnelle Entscheidung in Britz nötig:
Arbeitsplätze erhalten

Mai 2001:
Kurz vor Ostern legte die SPD/CDU-Koalition ein faules Ei:
Deal um`s Kreishaus in Eberwalde und Nebenstelle in Bernau

Juni 2001:
PDS: Pavillonplatz in Eberswalde soll grün bleiben

Juli 2001:
Finowkanalregion
PDS-Abgeordnete diskutieren über Fusion von Finowfurt und Eberswalde

September 2001:
Zukunft im Blick
Im Gespräch: Dr. Alfred Schultz (PDS), Bewerber um das Landratsamt

Oktober 2001:
Biesenthal:
Über die Zukunft des Amtes
Schlichte Ignoranz

November 2001:
„Aufstehen gegen den Krieg“

Dezember 2001:
Nach 700 Jahren das erste Mal eine Bürgermeisterin für Bernau
Am 2. Dezember Wahlen in Bernau/PDS-Kandidatin: Kerstin Bauer

Februar 2002:
Werneuchen hat den ersten PDS-Bürgermeister einer Stadt im Barnim gewählt
Burkhard Horn: Unbürokratisch Probleme lösen

März 2002:
PDS-Vorschlag: Regionalkonferenz zur Entwicklung des Barnimer Nordostens
Chancen für Werbellinsee und Oderberg im Tourismus

Mai 2002:
Gemeindegebietsreform im Barnim:
Landesregierung will Konzentration per Gesetz

Juni 2002:
Ahrensfelde:
Protest gegen Ortsumgehung

Juli 2002:
Andreas Müller in den Bundestag!

Oktober 2002:
Gymnasium Wandlitz:
Investitionen auf Eis gelegt

März 2003:
Offenbarungseid für Schwanebeck:
Straßen mit Geld pflastern?

April 2003:
Chance für Einzelhandel in Bernau:
Bühne für Kunst und Kommerz

Mai 2003:

siehe nächste Seite

Juni 2003:
Bernau:
Straßenbau verschieben?
Innenstadt muss sich erholen

Juli 2003:
Amt Werneuchen/Über Gebietsreformgegner
Die Rechte der Kleinen

September 2003:
Wandlitz:
Schullandheim muss bleiben

November 2003:
PDS nach Kreistagswahl:
Ein Barnimer Weg ist möglich

Dezember 2003:
PDS unterstützt:
Volksbegehren gegen Gemeindegebietsreform

Februar 2004:
PDS-Fraktion Eberswalde hörte Gründe für das Scheitern einer LAGA-Nachnutzungsidee an
Zerplatzte Träume vom Zauberland

März 2004:
Das AUS für Unterstützung von Vereinen und Verbänden im sozialen Bereich?
Kreis plant 1/4 des Geldes vom Vorjahr und ab 2005 kein Geld mehr

Ab Mai 2003: Halbrheinisches „Zeitungsformat“
Auflage: 15.000 barnimweit

Offene Worte

▶ Zeitung der PDS für den Barnim
▶ Mai 2003 ▶ 13. Jahrgang ▶ Impressum: Seite 7 ▶ 1/2 € Spende bitte!

In dieser Ausgabe:

Eine Elefantenkuh braucht lange ... Seite 3
Was ist sozial? Seite 4
Teurer Radweg: Seite 5
Kürzungspläne: Seite 6
Neuwahlen bei der PDS? Seite 7

PDS für kleinstmögliche Wahlkreise im Barnim

Damit Nachbarn Abgeordnete werden

▶ Von Margitta Mächtig, PDS-Fraktionsvorsitzende im Kreistag

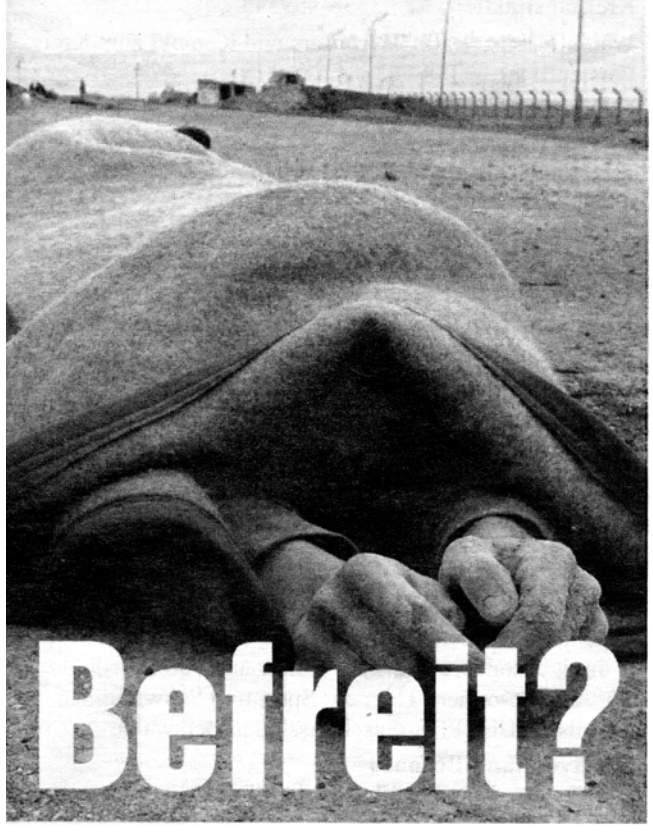
So eine Übereinstimmung gab es wohl in der gesamten Legislaturperiode noch nicht: SPD und PDS waren im Kreistag am 28. April einer Meinung: die größtmögliche Anzahl der Wahlkreise – und damit der gesetzlich kleinstmögliche Zuschnitt – soll es für die Kreistagswahl am 26. Oktober geben. Mit den Stimmen von SPD und PDS wurden deshalb 9 Wahlkreise beschlossen. Der Koalitionspartner CDU enthielt sich der Stimme und liebäugelte wohl eher mit dem FDP-Vorschlag den Barnim lediglich in vier Wahlkreise zu teilen.

Der PDS war es so wichtig, die Wahlkreise möglichst klein zu gestalten, damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auch künftig bereit sind, die Kommunalpolitik als ehrenamtliche Abgeordnete aktiv mitzugestalten. Dazu gehört, dass einerseits Abgeordnete ihren Wahlkreis kennen – und andererseits Bürgerinnen und Bürger die Abgeordneten in ihren Orten kennen oder zumindest eine Chance haben sie kennenzulernen. Deshalb: Je kleiner der Wahlkreis, umso besser. Durch die zum Teil zwangsweisen Zusammenschlüsse von Gemeinden werden die Strukturen immer größer. Wenn es da noch um Bürgernähe geht, sollte man zumindest bei der Kommunalwahl sagen können: Auch mein Nachbar kann Abgeordneter sein.

▶ *Wohnen Sie in Eberswalde, Biesenthal, Wandlitz oder Oderberg? Die neuen Wahlkreise für den Kreistag finden Sie auf Seite 5.*

Die Waffenruhe im Irak ist trügerisch

▶ *Über Betrüger und Heuchler schreibt Wolfgang Gehrcke, der außenpolitische Sprecher der PDS auf Seite 7*



Sparkasse Barnim in Bernau. Foto: b.c.

Helfen Fusionen den Sparkassen?

▶ Von Ralf Christoffers, PDS-Landesvorsitzender

Sparkassen sind eigentlich die Alternative zu den riesigen Bankkonsortien. Nicht, weil sie kleiner sind, sondern weil sie sich gesetzlich in kreislicher oder städtischer Trägerschaft befinden. Das heißt, macht die Sparkasse Barnim beispielsweise Gewinn, fließt ein Teil des Überschusses in den Kreishaushalt und kann somit der Entwicklung der Region zugute kommen. Aber gerade dies kann den Sparkassen nun zum Verhängnis werden: Das Geschäft in der Kreditwirtschaft ist in den letzten Jahren generell zurückgegangen. Im Berliner Umland haben sich zudem die Konkurrenzbedingungen verschärft. Und nicht zuletzt steht im Rahmen der Sanierung mit der Berliner Bankgesellschaft erstmalig eine Sparkasse zum Verkauf an einen privaten Investor. – Das zieht Begehrlichkeiten anderer Gesellschaften nach sich: Sparkassen stehen auf der Kauf-Wunschliste ganz oben, weil sie ein sehr gutes Image haben, mit Serviceeinrichtungen weit verbreitet sind und weil sie einfach Konkurrenten sind, die entweder übernommen oder niederkonkurriert werden. Die PDS lehnt in Brandenburg die Privatisierung der Sparkassen ab. Die Kreise sollten die Hoheit über diese Geldinstitute behalten. Viele Bürgerinnen und Bürger vertrauen ihrem seriösen Geschäftshintergrund. Aber europäische Regelungen, verschlechtern jetzt die finanzielle Situation der Sparkassen. Bisher hafteten Kreise für den Fall des Konkurses. Damit konnten die Sparkassen billig Geld „einkaufen“ – das sieht die EU jetzt als Wettbewerbsvorteil, den es nicht mehr geben darf. Um die damit eintretende Beschränkung zu kompensieren, sind größere Sparkassenverbände eine Möglichkeit. Deshalb unterstützt die PDS ein Modell, das derzeit zwischen den Sparkassen Barnim, Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam diskutiert wird: Die Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes, der eine starke Sparkasse schaffen würde. Aber diese Auffassung werden nicht von allen politischen Kräften geteilt. Seitens der Bundes-FDP gibt es einen starken Druck, öffentliche Gesellschaften zu veräußern, auch von Teilen der CDU und SPD. Auch einige Kommunalpolitiker sind wegen der schlechten Haushaltslage der Kommunen bereit, Sparkassen zu verkaufen. Das wäre jedoch eine kurzsichtige Entscheidung. Eine konkurrenzfähige Sparkasse, die auch weiter im Barnim aktiv bleibt, ist langfristig die bessere Lösung, weil eine regelmäßige Einnahmequelle.

Guten Tag, liebe Leserinnen und Leser

wünscht Ihnen die OW-Redaktion, der PDS-Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion der PDS.

Viele von Ihnen kennen unsere Zeitung bereits seit über 12 Jahren. Und ab diesen Monat können uns noch viel mehr Barnimerinnen und Barnimer lesen. Wie Sie sehen, haben wir unser Format etwas vergrößert und erscheinen nun in einer Auflage von 15.000 Stück kreisweit, einmal im Monat. – Und unser großes Plus: Von den „Offenen Worten“ gibt es eine Ausgabe für den ganzen Kreis, egal, ob Oberbarnim oder Niederbarnim.

Dass die OW Monat für Monat erscheinen kann, dafür sorgt nicht nur die ehrenamtliche Redaktion, sondern es ist vielen Mitgliedern und Sympathisanten der PDS zu verdanken, die mit kleinen oder größeren Spenden den Druck finanzieren. Wenn Sie inhaltliche Vorschläge für die Redaktion oder die PDS-Abgeordneten haben, wenn Sie die OW unterstützen wollen – finanziell oder z.B. auch bei der Verteilung – finden Sie unter Tel.: 03338-763585 bei unserem Redaktionsmitglied Lutz Kupitz einen Ansprechpartner. Oder schicken Sie uns eine mail an: PDS-Barnim@t-online.de, Betreff: Offene Worte. Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften, bis zum nächsten Monat, im Namen der Redaktion Ihre

B. Gropp

Neue Attraktion am Schiffshebewerk

▶ OW-Nachricht/mm

Baustellen verhindern im landläufigen Verständnis Tourismus. Nicht so in Niederfinow: Während dort das neue Schiffshebewerk errichtet wird, engagiert sich ein ortsansässiger Verein, der sich der besonderen Pflege und Vermarktung des Schiffshebewerkes verschrieben hat, gemeinsam mit der Tourismusgemeinschaft Barnimer Land für einen attraktiven Baustellentourismus während der Bauphase.

20 Jahre OW
Wege zum Erfolg

Der PDS, dann der LINKEN, wurde im Barnim immer größere Verantwortung übertragen: Stärkste Kraft im Kreistag, alle 3 Direktmandate für den Landtag, seit 2008 auch beide Direktmandate für den Bundestag, Bürgermeister in Werneuchen (hauptamtlich), in Biesenthal (ehrenamtlich): PDS/LINKE suchte deshalb nach neuen Möglichkeiten, mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. So wurde die Idee von den „Sprechstunden unter freiem Himmel“ geboren, ursprünglich von Dagmar Enkelmann in ihrem Wahlkreis begonnen, seit 2005 aber in allen Städten und Gemeinden im Barnim von den Bundestags-, Landtags- und Kreistagsabgeordneten im Juli und August angeboten.

April 2004:
Gemeinde Schorfheide:
Streit um B 167

Mai 2004:
Barnim: Bildungsqualität steht für PDS im Mittelpunkt
Sekundarschulen sind eine Lösung

Juni 2004:
Eberswalde: 1.000 bilden Menschenkette
Anfassen statt Fallenlassen

August 2004:
Bernau/Panketal:
Jungfernfahrt der Panketallinie

September 2004:
Geld für Klassenfahrten im Barnim

Oktober 2004:
Politikwechsel in Brandenburg nicht gewollt!/PDS im Barnim gewann erstmals alle 3 Direktmandate zur Landtagswahl
Die Koalition der Verlierer

November 2004:
Eberswalde: Haushaltssicherung
Einsparungen möglich?

Dezember 2004:
PDS beantragt für Januar:
Sonderkreistag zu Hartz IV

Februar 2005:
Bernau: Breites Bündnis gegen Rechtsradikalismus
Aktive Gegenkultur

März 2005:
Wandlitz:
Ablehnung eines Seniorenbeirates

April 2005:
Werneuchen: Denkmal zum 60. Jahrestag der Befreiung
Innere Maßstäbe für Gerechtigkeit

Mai 2005:
Im Barnim quält man sich mit einem ArGe-Vertrag, was aber nützt Betroffenen? PDS will „reguläre“ Arbeitsverträge statt 1-Euro-Jobs
Arbeit - Ein neuer Anfang ist nötig

Juni 2005:
Niederfinow: Erhalt der Grundschule gefordert
„Stirbt die Schule, stirbt der Ort“

August 2005:
Barnim entscheidet über Elternbeteiligung zur Schülerbeförderung:
PDS: Symbolisch 10 € im Jahr

November 2005:
Bundestagsneuwahlen:
Vertrauen in die LINKE.PDS

Dezember 2005:
Schorfheide braucht Hilfe
Wassermangel schädigt Waldgebiete

April 2006:
Werbellinsee: Wie weiter mit Kinder- und Jugendtourismus?
Sanierung nötig

Mai 2006:
Bis auf weiteres schwer erreichbar
In Oderberg wird eine Landesstraße saniert

Juli 2006:
16. Juli: Bürgerentscheid in Eberswalde:
25 Prozent – und der Bürgermeister ist weg

September 2006:
SPD-Minister plant Bahn-Kahlschlag im Barnim
Strecken Eberswalde-Templin/Basdorf-Wensickendorf sollen stillgelegt werden/ Organisiert der Barnim Ersatzverkehr mit Bussen?

Oktober 2006:
Proteste in Joachimsthal führten zum Erfolg:
Wir kriegen unsern alten Kaiserbahnhof wieder!

November 2006:
200 Meter sind ein paar Schritte zu weit
Die Gemeinde Ahrensfelde streitet um den Schulbesuch ihrer Kinder in Berlin

Dezember 2006:
Eberswalde: Müllverwertungsanlage
PDS fordert Mediation

Februar 2007:
PDS-Kreistagsfraktion:
„Schule unter einem Dach“

März 2007:
Biesenthal: Schonfrist für neuen Bürgermeister André Stahl (PDS) endet
100 Tage nach der Wahl

April 2007:
Eberswalde: Kitas/Schulen
Kein gentechnisch verändertes Essen

Mai 2007:
Reform verdient ihren Namen nicht
Panketal: Linkspartei.PDS eröffnet neue Gesprächsreihe

Juni 2007:
Kommunen gegen Rechts
Biesenthaler Gespräch

August 2007:
Die LINKE ist ein Gewinn für alle
Am 16. Juni gründete sich aus Linkspartei.PDS und WASG die neue Partei DIE LINKE

September 2007:
Alle baurechtlichen Möglichkeiten nutzen, um einen Kauf durch die NPD zu verhindern
Im Gespräch: Biesenthals Bürgermeister André Stahl

Okt/Nov 2007:
In jedem Wohngebiet ein Kinderspielplatz
Erfolg für die LINKE in Schwanebeck

Dezember 2007:
100 Jahre Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn

Januar/Februar 2008:
Zukunft für das Amt Oderberg

März 2008:
Sozialer Ausgleich
Bernauer LINKS-Fraktion diskutierte über „reich“ und „arm“ in der Stadt

April 2008:
Mehr Mitbestimmung beim Straßenbau
Wandlitz: LINKE will mehr Bürgerrechte

Mai/Juni 2008:
Mehr Personal für die Kinder
LINKE Brandenburg für bessere Ausstattung in Kitas

Juli/August 2008:
Sprechstunden unter freiem Himmel der Barnimer Abgeordneten der LINKEN wieder gut genutzt

September 2008:
Sie haben die Wahl: am 28. September
In Brandenburg werden Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage gewählt

November 2008:
Wer einen schönen Bahnhof will, soll dafür zahlen
Bahnchef Mehdorn erklärt, warum das Bernauer Empfangsgebäude ein Schandfleck bleibt

Dezember 2008:
Trasse über Eberswalde, Serwest und Senftenhütte bedroht Naturtourismus
LINKE beantragt: Landkreis Barnim soll sich für Erdverkabelung einsetzen

Februar 2009:
Der Barnim holt die Müllabfuhr zurück in die öffentliche Hand
Wie im Kreistag linke Akzente mit Sachpolitik und Vernunft gesetzt werden

März 2009:
„Wir zahlen nicht für eure Krise!“
DIE LINKE unterstützt Großdemonstration am 28. März

April 2009:
Das Volk entscheidet über den Landrat
LINKE für Direktwahl im Januar 2010 – CDU, SPD und FDP im Kreistag dagegen

Mai 2009:
„Eberswaldepass“ statt „Sozialpass“
Mehr Anbieter kultureller und sportlicher Angebote für ermäßigte Preise gewinnen

Juni 2009:
Europaparlament gewählt
LINKE konnte ihr Ergebnis verbessern/8 Parlamentarier der deutschen LINKEN

Juli 2009:
Hilfe für Schüler
LINKE im Kreistag: Streikende Schüler nicht bestrafen

September 2009:
LINKE für den Barnim unterwegs
Traditionelle „Sprechstunden unter freiem Himmel“ in insgesamt 47 Orten

Oktober 2009:
Dauerhafter Zuschuss an Zoo Eberswalde
Stabile Eintrittspreise werden gesichert

November 2009:
Rot-rote Regierung in Brandenburg
Landesparteitag der LINKEN für Regierungseintritt

Januar 2010:
Eine Landrätin für den Barnim
Wählen Sie am 10. Januar Margitta Mächtig (LINKE)

Februar 2010:
„Langer Trödel“ Ende 2013 voll schiffbar
Enkelmann: Touristische Infrastruktur zügig ausbauen

März 2010:
Ab März mit dem Bürgermobil unterwegs
Michael Luthardt und Sabine Stüber eröffneten am 5. Februar ihr gemeinsames Wahlkreisbüro in Eberswalde

20 Jahre OW
Aktuell:

Seit November 2009 befindet sich die LINKE im Barnim in einer neuen Situation: Erstmals ist die LINKE beteiligt an einer Brandenburger Landesregierung. Viele Entscheidungen in Potsdam haben direkte Auswirkungen auf das Leben und die politische Beteiligung in den Städten und Gemeinden. Deshalb hat auch für die OW als Barnimer Zeitung der LINKEN eine neue Verantwortung begonnen. Manchmal immer noch Opposition wie zum Beispiel im Kreistag, an parteiübergreifenden Lösungen mitarbeitend wie in den meisten Städten und Gemeinden, und letztlich gestaltend in der Landesregierung. Die OW bleibt, was sie war: Informativ, diskussionsbereit, anregend. 17.000-mal, jeden Monat.

April 2010:
Was läuft falsch im Barnimer Jugendamt?
Margitta Mächtig, Kreistagsabgeordnete der LINKEN, fehlt die kritische Einschätzung der Führungsebene

Mai 2010:
Barnim verlost seinen Landrat
Bodo Ihrke gewann Landratsposten per Los

Juni 2010:
„Bernau bleibt bunt“
500 Menschen verhinderten Nazi-Aufmarsch

Juli 2010:
Eberswalde nazifrei
Nazis sagen Aufmarsch in letzter Minute ab/300 Leute feierten in Eberswalde

September 2010:
Sommertheater in Werneuchen
Sommerfest der LINKEN: Kabarettist Gert Kießling trat vor vollem Haus auf

Okt/Nov 2010:
LINKE für Option
Barnim soll kommunale Erfahrungen für Langzeitarbeitslose nutzen

Dezember 2010:
Bernauer Bahnhof soll barrierefrei werden
Enkelmann verlangt weitere Verbesserungen von der Deutschen Bahn

Februar 2011:
Wandlitz 2030
Gemeindevertreter der LINKEN stellt Ansätze für ein Leitbild vor

März 2011:
Osterspaziergang um Löhmer Haussee
Nach 18 Jahren Uferweg begehbar

Bundestag: LINKE will CCS verbieten

Von Christian Rehmer

Die Linksfraktion im Bundestag will die unterirdische Einlagerung von Kohlendioxid (CO_2) verbieten. Dazu brachte sie am 23. März einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag ein. Mit dem CO_2-Speicher-Verbotsgesetz soll eine Ausnahmeregelung der EU-CCS-Richtlinie für Deutschland Anwendung finden. Sie regelt die europaweiten Rahmenbedingungen für die Abscheidung und geologische Speicherung von CO_2. Die EU gibt den Mitgliedsstaaten das Recht, die Gebiete zu bestimmen, aus welchen Speicherstätten ausgewählt werden können. Diese Ausnahmeregelung soll den erheblichen Bedenken gegen die CCS-Technologie bei großen Teilen der Bevölkerung Rechnung tragen. Diese Ausnahme will die Linksfraktion nutzen. Findet ihr Gesetzentwurf eine Mehrheit, könnte Deutschland die Verpressung des zum Beispiel bei der Kohleverstromung anfallenden CO_2 untersagen.

Weitere Infos unter:
www.linksfraktion.de

Finanzierung Tierkörperbeseitugng

OW-Beitrag/jm

Entgegen dem geplanten Ausstieg bei der Finanzierung der Kosten für die Tierkörperbeseitigung wird sich das Land Brandenburg künftig zu 20 Prozent an den Kosten beteiligen. „SPD und LINKE haben damit einen verträglichen Kompromiss gefunden“, erklärte Landtagsabgeordneter Dr. Michael Luthardt. „Weitere 20 Prozent der Tierkörperbeseitigungskosten sollen die Landkreise tragen. Von den Landwirten werden 60 Prozent der Gesamtkosten für die Beseitigung von Tierkörpern erhoben.“ Um einen vorbeugenden Seuchenschutz und eine stabile Tierproduktion zu erhalten, haben LINKE- und SPD-Fraktion trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung eingebracht. Die Neuregelung soll am 1. Mai in Kraft treten.

Womit 60 Prozent Energiebedarf decken?

16. Panketaler Gespräch am 22. März
Christoffers: Brandenburg überarbeitet Energiestrategie

Von Wolfgang Kraffczyk

Die Panketaler LINKE hatte für ihre traditionelle Veranstaltungsreihe am 22. März „ihren“ Landtagsabgeordneten und Wirtschaftsminister Ralf Christoffers eingeladen. Angesichts der aktuellen Ereignisse in Japan und der neu entflammten Diskussion um die Atomkraft in Deutschland geriet das eigentliche Thema „Wirtschaftspolitik“ in den Hintergrund, da zum Ressort des Wirtschaftsministers auch die Energiepolitik gehört. Vor dem Versammlungsgebäude zog eine Schar Demonstranten es vor, gegen Pläne zur Erkundung der CCS-Technologie zu protestieren, statt sich an der Diskussionsrunde konstruktiv zu beteiligen. Japan sei eine Zäsur bei der Risikobewertung, schätzte Minister Christoffes zu Beginn ein. Es gebe zwar keine Entwicklung ohne Risiko, aber die Geschehnisse rund um das AKW Fukushima zwingen zum Innehalten und Nachdenken. Es sei Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, sich der Diskussion um die energetische Zukunft zu stellen und dann auch Entscheidungen über das „Wie weiter“ zu treffen. Der Redner sprach sich für den Ausstieg aus der Atomenergie aus, verwies auf die Möglichkeit, bis 2020 den Energiebedarf in Deutschland zu 40 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern zu decken, stellte aber zugleich die Frage: „Wie gewinnen wir die restlichen 60 Prozent?“. Nach seiner Einschätzung werde die Braunkohle in Brandenburg noch Jahrzehnte gebraucht, um die Grundlast bei der Energieversorgung zu vertretbaren Preisen zu decken. Allerdings müsse schon heute geklärt werden, wie und in welchen Zeiträumen der Ausstieg gestaltet werden soll. Dabei müsse auch vorurteilsfrei über Klimaschutz geredet werden. Die unterirdische Lagerung von CO_2 (CCS) sei dabei eine Option, die jedoch noch der Erforschung und rechtlicher Rahmenbedingungen bedarf. In Brandenburg werde gegenwärtig die Energiestrategie des Landes überarbeitet und voraussichtlich zum Jahresende vorgestellt. Schon jetzt zeigen sich Probleme, so der Minister:

Die Erzeugung Erneuerbarer Energien stößt auf Widerstand der lokalen Bevölkerung.

Erstens sei die **vorrangige Entwicklung der Erneuerbaren Energien unbestritten.** Dies erfordere aber den forcierten Ausbau der Stromnetze. Allein in Brandenburg müssten 1.000 Kilometer neue Trassen gelegt werden, um diese Entwicklung synchron zu begleiten, weil – je mehr Standorte für Erneuerbare Energien erschlossen werden, umso mehr Netzverbindungen (lokal und überregional) müssen gebaut werden, um den Strom zu transportieren. Das gilt auch für dezentrale Anlagen, weil die Versorgung zu jeder Zeit gesichert werden muss.
Zweitens befinde sich die **Speicherung diskontinuierlich anfallender Ökoenergie** noch im Stadium der Erforschung.
Drittens stoße jegliche Form der **Erzeugung Erneuerbarer Energien auf Widerstand der lokalen Bevölkerung,** ob Windkraft, Photovoltaik- oder Biogasanlagen.
Viertens: In puncto **Energieeffizienz** gäbe es zwar die größten Reserven, doch seien dabei soziale Aspekte zu berücksichtigen. Beispiel: Gebäudesanierung führt in der Regel zu höheren Mieten.

Rot-Rote Landesregierung: Erneuerbare Energien – ja, bitte!

OW-Beitrag/pm

Am 23. März debattierte der Brandenburger Landtag in einer Aktuellen Stunde über die Energiepolitik des Landes. Dabei wurde deutlich gemacht, dass Deutschland aus der Atomenergie aussteigen und den Schwerpunkt auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien legen muss.

Die LINKE fordert die unverzügliche Rücknahme der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke (AKW) durch ein Gesetzgebungsverfahren. Außerdem müssen die ältesten Reaktoren und Krümmel stillgelegt werden – ohne die Möglichkeit der Übertragung von Restlaufzeiten (bzw. der Reststrommenge) auf andere AKW. Stromversorgung ist dennoch gesichert.

Vor dem Hintergrund des nuklearen Desasters in Japan aber wieder uneingeschränkt Braunkohle zu propagieren, wie es die CDU tut, ist aus Sicht der LINKEN anachronistisch. Der Klimawandel ist genau so real wie der GAU in AKW. Die LINKE bleibt deshalb dabei: Mittelfristig muss der Ausstieg aus Braunkohleverstromung erfolgen, Erneuerbaren Energien der Vorrang eingeräumt werden. Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz müssen gefördert werden.

Ausstieg aus Atomkraft bis 2017

Erneuerbaren Energien und Stadtwerken gehören die Zukunft

Von Dagmar Enkelmann, Bundestagsabgeordnete

Bis spätestens 2017 kann der Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland vollzogen sein, erklärte der Präsident des Bundesumweltamtes, Jochen Flasbarth, kürzlich. Und er legte nach: Bis 2050 können wir den Strom vollständig aus Erneuerbaren Energien beziehen.
Die LINKE sieht sich dadurch bestätigt: Es geht nur noch um die Frage, wie schnell die Bundesrepublik die AKW abschaltet. Die LINKE verlangt den „unverzüglichen“ Ausstieg. Angesichts des enormen Stromexports und der Überkapazitäten im Kraftwerkspark können die 7 ältesten AKW sofort und dauerhaft vom Netz, die „restlichen“ AKW dann innerhalb der nächsten 5 Jahre.
Die LINKE strebt künftig einen regionalen, dezentralen Energiemix an, der die ganze Bandbreite der Erneuerbaren einschließt. Um die soziale und demokratische Einflussnahme zu stärken, brachte die LINKE Ende März den Antrag „Energienetze in die öffentliche Hand – Kommunalisierung der Energieversorgung erleichtern ... “ in den Bundestag ein. Mit dem Antrag wird die Position der Kommunen und ihrer Stadtwerke gegenüber den Energiekonzernen gestärkt. Das hat auch einen ganz ökologischen Grund: Bisher sind 95 Prozent der Investitionen in Erneuerbare Energien von Stadtwerken, Betreibergemeinschaften sowie Privathaushalten getätigt worden. Erneuerbare und Stadtwerke sind ein Paar mit Zukunft.
Ein gutes Beispiel ist die Stadt Prenzlau (Uckermark). 2005 erklärte sie sich zur „Stadt der Erneuerbaren Energien“ und arbeitet mit Erfolg daran, mithilfe der Stadtwerke durch Photovoltaik, Klärgas, Geothermie und Windkraft den Umstieg zu schaffen. Oder: Märkisch-Oderland will Bioenergie-Region werden.
Wird das Energiesystem so umgebaut, ist auch der vom Bundeswirtschaftsminister angekündigte große Netzausbau – nötig seien angeblich mehrere tausend Kilometer neue Leitungen – in dem Umfang nicht nötig. Die LINKE stellt sich auch ganz klar gegen die geforderte Einschränkung von Mitsprache- und Beteiligungsrechten der Bürgerinnen und Bürger beim Netzausbau.
Viel zu kurz kommt bisher das Energiesparen. Nach Verbandsangaben lässt sich so viel Strom sparen wie zehn AKW erzeugen, eines allein, wenn man Standby-Schaltungen abschafft. Denkbar sind auch strenge Verbrauchsvorgaben für Elektrogeräte, eine „Abwrack“prämie für stromfressende Haushaltsgeräte oder die Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Hier ist die Politik gefragt, auch, um steigende Strompreise zu verhindern. Es muss sofort wieder eine wirksame Preiskontrolle geschaffen werden. Die LINKE fordert zudem Sozialtarife. Die Abschaltung der AKW ist ein erster Schritt zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung, viele weitere müssen folgen.

Haushaltskonsolidierung ohne Kürzung bei Vereinen, Kinder- und Jugendarbeit

LINKE nominiert Burkhard Horn erneut zur Bürgermeisterwahl

Alexander Horn
Vorsitzender der Linken Werneuchen/ Ahrensfelde

Am 4. März bestätigten die LINKEN Werneuchen ihren Bürgermeisterkandidaten, Burkhard Horn. Einstimmig votierten sie für die Fortsetzung der Arbeit des Bürgermeisters der Stadt Werneuchen und ihrer Ortsteile.
Zuerst nahm Burkhard Horn einen Rückblick über seine erste Amtszeit als Bürgermeister vor. Er legte dar, dass er seine Ziele für die laufende Wahlperiode erreichen konnte. Eines der wichtigen Themen war die Konsolidierung des Haushaltes der Stadt. Zum Beginn seiner Amtszeit war dieser nicht ausgeglichen. Das konnte geändert werden und auch die Entschuldung geht kontinuierlich voran. Sein Ziel ist es, den Haushalt weiter zu entschulden ohne freiwillige Leistungen wie die Unterstützung von Vereinen, der Kinder- und Jugendarbeit zu kürzen.
Ein weiteres Ziel ist der kommunale Straßenbau. In den Haushalten der letzten Jahre war es bereits möglich, Mittel für den anliegerfinanzierten Straßenbau, für die verstärkte Instandsetzung und erste kommunale Straßenbaumaßnahmen bereit zu stellen. Auch künftig soll schrittweise an den Straßen und Wegen in Werneuchen und den Ortsteilen gearbeitet werden, um für alle Einwohner das Lebensumfeld zu verbessern.
Auch die Förderung des Tourismus sei eine Chance, so Horn. Er begrüßte die Entwicklung eines Tourismuslogos für die Stadt und die Herrichtung des Pilgerwanderweges. Für die gute Arbeit des Informationspunktes im Stadthaus erhielt dieser kürzlich auch das „Grüne I".
Besonders wichtig ist Burkhard Horn Bürgernähe. Es ist für ihn selbstverständlich, jederzeit ein offenes Ohr für die Probleme der Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu haben. Egal ob auf der Straße, wenn er mit dem Fahrrad unterwegs ist, oder auf den verschiedensten Veranstaltungen der Vereine und Unternehmen oder zu seinen wöchentlichen Bürgersprechstunden, zu der jeder Bürger ohne Termin sein Anliegen schildern kann. Deshalb verbesserte er auch die Wartesituation für Besucher des Stadthauses. Mussten Besucher des Stadthauses früher noch in den Gängen warten, ist nun ein großräumiger heller Warteraum hergerichtet worden.

Eines seiner wichtigsten Ziele war es – obwohl er die Gemeindegebietsreform nicht befürwortete – allen Ortsteilen so weit wie möglich eigene Entscheidungsmöglichkeiten zu erhalten. Dazu gehören beispielsweise die Verteilung der Gelder an Vereine oder die Aufnahme von Investitionen in die Maßnahmeliste. Burkhard Horn möchte auch in Zukunft, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger Werneuchens überall im Stadtgebiet wohl fühlen und setzt sich für eine gerechte und sinnvolle Verteilung von Investitionen in allen Ortsteilen ein.
Die Mitglieder der LINKEN Werneuchen/Ahrensfelde bestätigten ihm diese positive Bilanz seiner Arbeit. Burkhard Horn wurde einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten gewählt. Foto: privat

„Altanschließer" sollen zahlen

Zuerst rechtliche Klarheit nötig/LINKE Panketal für Einwohnerversammlung

Von Eva Schmidt,
Gemeindevertreterin Panketal

„Altanschließer sollen zahlen." – Diese Botschaft geht durch die Medien. Zweckverbände, Eigenbetriebe, Stadtverordnete und Gemeindevertreter versuchen zu ergründen wie mit dieser Botschaft umzugehen ist.
Auslöser dieser Botschaft ist ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, das die Eigentümer altangeschlossener oder anschließbarer Grundstücke wie Eigentümer neu angeschlossener Grundstücke zur Zahlung von Beiträgen heranzieht. Als „Altanschließer" bezeichnet man diejenigen Grundstücksbesitzer, welche vor dem 3.10.1990 an ein zentrales Trinkwasser-bzw. Abwassernetz bereits angeschlossen waren.
Dieses Urteil wurde durch den Landtag Brandenburg mit einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) bestätigt. Der § 18 stellt klar, dass der Aufwand für Investitionen in leitungsgebundene Einrichtungen oder Anlagen vor dem 3.10.1990 für Altanschließer nicht beitragsfähig ist. Aber von Altanschließern sind Beiträge zu erheben für Investitionen, die in das Wasser- bzw. Abwassernetz nach dem 3.10.90 getätigt wurden. Der § 8 Abs.4 des KAG gestattet jedoch als Option differenzierte Beiträge zu erheben, also unterschiedliche Beiträge von Alt- bzw. Neuanschließern.
Die Rechtslage ist alles andere als klar und wirft viele Fragen auf, beispielsweise: Für welche Investitionen, die nach 1990 entstanden sind, können Beiträge von Altanschließern erhoben werden und wie hoch sollen diese Beiträge sein? Können diese Beiträge rückwirkend erhoben werden? Kann es unterschiedliche Beiträge für Alt-und Neuanschließer geben? Viele Fragen und wenig Antworten. Befragt man gestandene Juristen zu dieser Problematik, fallen die Antworten sehr unterschiedlich aus. In der Gemeindevertretung Panketal hat die Fraktion der LINKEN eine umfassende rechtliche Klärung durch das Innenministerium gefordert. Es betrifft in Panketal immerhin bei Trinkwasser 4.000 Altanschließer, die spätestens bis 31.12.2011, so will es der Gesetzgeber, einen Beitragsbescheid erhalten sollen. Wir stehen als Gemeindevertreter in der Pflicht, Gesetze einzuhalten. Diese müssen jedoch auf klaren, nachvollziehbaren Fakten basieren. Deswegen werden sich die LINKEN für eine Einwohnerversammlung einsetzen, um den Betroffenen eine umfassende Aufklärung zu geben. Davor brauchen wir aber selbst Klarheit.
Am 21. Februar hat sich die Mehrheit der Gemeindevertretung für differenzierte Beiträge entschieden und die Verwaltung aufgefordert, eine entsprechende Satzungsänderung zu erarbeiten. Denn Beschlüsse sind erst dann zu fassen, wenn eine eindeutige Rechtsauffassung und die in Auftrag gegebene Globalkalkulation für den Bereich Trinkwasser vorliegt sowie Klarheit über die anrechenbaren Investitionen besteht. Wir vertreten auch die Auffassung, dass für die 29 bisher ergangenen Bescheide im Abwasserbereich keine rechtliche Klarheit besteht; zumal diese Altanschließer auch nach 1990 nicht in das entstandene Abwassernetz einleiten und damit nicht an den Investitionen beteiligt werden können.

Werneuchener Termine

Von Alexander Horn

Die LINKE Werneuchen/ Ahrensfelde lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

6. Mai, 19 Uhr: Basisversammlung als Liederabend, „Festscheune am Bahnhof"

7. Mai, 10 Uhr: Traditionelle Reinigung der Ehrenmale, Ehrenmal am Paddenpuhl

8. Mai, 10 Uhr, Kranzniederlegung zum Gedenken der Opfer des Faschismus, Ehrenmal am Paddenpuhl

Konferenz der LINKEN in Eberswalde

OW-Beitrag/wk

Am 31. März luden die Brandenburger LINKS-Fraktion und die Minister der LINKEN zum 3. Mal zu einer Regionalkonferenz ein. Ziel dieser Veranstaltungen sei, so die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser, die Fragen und Erwartungen der Bürger in Erfahrung zu bringen, aber auch Hintergründe des eigenen Tuns zu verdeutlichen. Und so verzichteten die Akteure weitgehend auf Statements und beschränkten sich auf Antworten zu Fragen der mehr als 150 anwesenden Bürgerinnen und Bürger.
Und diese waren vielfältig: Vom neuen Vergabegesetz über die geplante Polizeireform, das Programm „Arbeit für Brandenburg", Hochwasserschutz und „Kampf dem Biber" bis hin zur so genannten „Altanschließerproblematik" und der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Natürlich spielte auch die Energiepolitik, insbesondere die geplante „Uckermarkleitung" eine Rolle.
Zur „Uckermarkleitung" teilte Minister Christoffers mit, dass der forcierte Ausbau der Erneuerbaren Energien einen beschleunigten Ausbau der Stromnetze erfordere. Die LINKE wollte diese Leitung als Modellprojekt des Bundes für die Erdverkabelung von 380-kV-Trassen etablieren, ist jedoch gescheitert. Das Land habe bei diesen Hochspannungsleitungen keine Kompetenz. Mit der Novellierung des Bundesenergiewirtschaftsgesetzes werde sich die Landesregierung aber für einheitliche Regelungen zur Erdverkabelung von Stromtrassen und deren Finanzierung einsetzen.

Bürgermobil Michael Luthardt

OW-Beitrag/bc

Das Bürgermobil ist an folgenden Orten anzutreffen:

9. und 23. Mai:
Schönwalde, Nähe Kirche, Höhe Schlecker-Markt: 10 bis 11Uhr;
Basdorf, Parkplatz nahe REWE-Markt/Durchgang Markt: 11.15 bis 12.45 Uhr;
Wandlitz, Prenzlauer Chaussee/Ecke Bernauer Chaussee: 13 bis 13.45 Uhr;
Wandlitz, Bahnhof Wandlitzsee: 13.50 bis 14.30 Uhr;
Klosterfelde, vor Edeka-Markt: 14.45 bis 15.45 Uhr;

28. April, 12. und 26. Mai:
Rüdnitz, Wohnpark Parkplatz Bürgermeisterstraße: 9 bis 10.30 Uhr;
Biesenthal, Marktplatz: 10.45 bis 12.30 Uhr;
Zerpenschleuse, Friedensplatz: 13 bis 14 Uhr;
Marienwerder, vor Gemeindezentrum: 14.15 bis 15 Uhr;

29. April, 13. und 27. Mai:
Ahrensfelde, Höhe Sparkasse, Lindenberger Str. 1: 9 bis 10 Uhr;
Werneuchen, Marktplatz: 10.30 bis 12 Uhr;

2., 16. und 30. Mai:
Niederfinow, Ortsmitte, vor Konsum: 9 bis 9.30 Uhr;
Oderberg, vor ehemaligem Rathaus: 10 bis 11.30 Uhr;
Lunow-Stolzenhagen, Edeka-Markt Richtung Parstein: 12 bis 13.30 Uhr;
Brodowin, Nähe Kirche: 13.45 bis 14.15 Uhr;
Britz, Nähe Bahnhof: 14.35 bis 15.35 Uhr

Tafel-Sprechstunde

OW-Beitrag/bm

Am **20. April,** 10 bis 12 Uhr, laden Dagmar Enkelmann und die Juristin Halina Wawzyniak (beide Bundestagsabgeordnete) zur traditionellen Tafelsprechunde ein: Tafel Bernau, Rüdnitzer Chausse.

Sprechstunden in Bernau:

Dagmar Enkelmann:

Am **20. April,** 16.30 bis 17 Uhr, Öffentliche Sprechstunde im Wahlkreisbüro, Berliner Str. 17, Bernau.

Bernauer Fraktion der LINKEN: Sprechstunden von 15 bis 17 Uhr am **5. Mai, 19. Mai und 26. Mai** im Fraktionsraum, Hussitenstr. 1, Seiteneingang Stadthalle, 1. Etage

Perspektive für Wandlitz

Interview mit Frank Bergner (LINKE), der als Bürgermeister kandidieren will

Sie haben sich mit „Wandlitz 2030 – Ansätze für ein Leitbild“ zu Wort gemeldet. Es erschien in der OW Februar und im Heidekraut-Journal. Darin sind Vorstellungen für die Entwicklung der Gemeinde in den nächsten 20 Jahren entwickelt. Welche Reaktionen haben Sie bisher erhalten?

Mit der großen und überwiegend positiven Resonanz hatte ich nicht gerechnet.Der Entwurf eines Leitbildes für die drittgrößte Kommune im Barnim ließ sich nicht kurz formulieren. Dennoch haben sich viele die Mühe gemacht, den Artikel zu lesen. Zustimmung fand, endlich mehr Bürgerbeteiligung in Wandlitz zu wagen, und dass wir Wandlitz zur Bürgerkommune entwickeln. Die Bürger möchten in wichtige Entscheidungen, die ihr direktes Lebensumfeld betreffen, einbezogen werden. Auch dem Gedanken eines Bürgerhaushaltes stehen viele offen gegenüber.

Wie siehts mit Ihren Vorstellungen zur Wirtschaftsförderung vor Ort aus?

Begrüßt wird die Idee eines Unternehmerstammtisches. Dort könnte die Gemeinde künftige Vorhaben und die Möglichkeiten der Beteiligung der örtlichen Unternehmen offensiv darlegen und somit den Rückhalt für Projekte stärken. Damit könnten auch – natürlich unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen – Aufträge vermehrt vor Ort vergeben werden. Die Vergabe vor Ort kann für die Gemeinde, Stichwort: Gewerbesteuer, ökonomischer sein. Sie ist oft auch ökologischer, da weite Fahrwege entfallen. Sofern die rot-rote Landesregierung in Brandenburg das geplante Vergabegesetz beschließt und die Kommunen mit einbezogen werden, kann sich die Beteiligung an Ausschreibungen auch für örtliche Gewerbetreibende, die sich an Tariflöhne halten oder existenzsichernde Löhne zahlen, rechnen.

Wandlitz ist ein Ort mit neun Ortsteilen. Das birgt Streitpotenzial ...

Meinen Hinweis, dass die kleineren Ortsteile in der Randlage im doppelten Sinne den Anschluss nicht verlieren dürfen, haben insbesondere die verstanden, die mit den Auswirkungen des schlechten Anschlusses dieser Ortsteile an das öffentliche Verkehrsnetz zu kämpfen haben.

Gab es Verbesserungsvorschläge?

Kritisch angemerkt wurde, dass einige sich nicht oder nicht ausreichend wiederfanden, so die große Gruppe der Senioren. Der demographische Wandel vollzieht sich auch in Wandlitz: Die Menschen werden immer älter, und die Anzahl der Geburten nimmt ab. Insofern muss in unserer Gemeinde verstärkt über altersgerechtes Leben und Wohnen nachgedacht werden. Ich hatte im Bildungsausschuss im Zusammenhang mit der Spielplatzkonzeption einmal laut über einen „Seniorenspielplatz“ nachgedacht, dafür scheint aber die Zeit noch nicht reif zu sein.
Auch über die Förderung der Vereinsarbeit muss noch gesprochen werden. Den Vereinen kommt eine immense Bedeutung zu. In gewisser Weise sind sie das Rückgrat unserer Gemeinde. Ohne starke, breit aufgestellte Vereine ist ein attraktives Leben in Wandlitz für mich kaum vorstellbar. Deshalb auch mein Vorschlag, einen Tag des Ehrenamtes einzuführen oder zum Neujahrsempfang Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich in und für Wandlitz engagiert haben, zu ehren. Die LINKE arbeitet
dazu zurzeit an einem Satzungsentwurf.

Frank Bergner, 46, Rechtsanwalt in Wandlitz, Ortsteil Basdorf Foto: privat

Vieles ist in Ihren Vorschlägen nur angerissen oder allgemein gehalten. Wird es noch konkreter werden?

Der Austausch soll weitergehen – und natürlich in konkreten Vorschlägen münden. Ich möchte mich hiermit bei allen bedanken, die mich darin bestärkt haben, dass Wandlitz ein Leitbild dringend nötig hat. Wissenswertes zum Projekt „Wandlitz2030“, zu meiner Person und meiner politischen Arbeit für Wandlitz erfahren Sie auf meiner Homepage:

www.wandlitz2030.de

Kontakt:
Tel.: 033397-29528
Fax: 033397-29529
E-Mail:
wandlitz2030@gmx.de

Opposition – Seele der Demokratie

Daniela Dahn zu Gast bei den „Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann“

Von Manfred Schwarz

Mit Ehrennamen wie „Stimme des Ostens“ kann sich die Autorin Daniela Dahn schmücken. Als kenntnisreiche Erzählerin zeigte sie sich am 27. März bei den „Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann“ im Bernauer Treff 23. Rund 100 Besucherinnen und Besucher füllten den Saal.
Daniela Dahn, Jahrgang 1949, geriet mit ihrem Widerspruchgeist schon als Abiturientin in Konflikt mit der DDR-Staatsmacht. Als sie zu einer Gruppe von FDJlern gehörte, die 1968 auf einer Wandzeitung kritische Fragen zum gewaltsamen Ende des Prager Frühlings stellte, wurde nicht nur die Wandzeitung nahezu sofort wieder abgehängt - Dahn und ihre Freunde sollten auch nicht die Prüfungen zu Ende bringen dürfen. Dieses Verdikt wurde wieder aufgehoben. Schon damals habe sie, erinnerte sich Dahn, unter den Lehrern Opportunismus und Anpassertum erlebt, aber auch Solidarität und Beistand.
Diese Pole sollten ihr Leben bestimmen - als sie gegen die Biermann-Ausbürgerung unterschrieb und ihre berufliche Existenz aufs Spiel setzte oder als sie ihre Redakteursstelle beim DDR-Fernsehen quittierte und ab Anfang der 1980er Jahre ihr Auskommen als freie Schriftstellerin suchte.
Wie Enkelmann erlebte Dahn die Zeit der Wende in der DDR als die intensivste in ihrem Leben. Dort nahm ihr Ruf als „Jeanne d‘Arc des Ostens“ den Anfang. Dahn prangerte die millionenfache Verunsicherung der Ostdeutschen durch das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ an, schrieb vielgelesene Bücher über die fehlgeschlagene Einheit. Damit eckte sie regelmäßig an, nunmehr bei den Mächtigen des vereinigten Deutschlands. Nach der Wende habe es - meist, als sie sich um öffentliche Ämter bewarb oder ihr Preise verliehen wurden - vier „landesweite Angriffswellen“ gegen sie gegeben, resümierte Dahn. Nach wie vor lässt sie sich davon in ihrer kompromisslosen Haltung nicht beeindrucken.
Offene Worte fand Dahn auch für DIE LINKE. Diese müsse viele Fragen, darunter auch die Systemfrage, schärfer stellen, betonte sie. „Opposition ist die Seele der Demokratie“, erklärte Dahn ihr politisches Credo und rannte damit bei Enkelmann offene Türen ein.

Sie kritisierte auch die aufwendigen Doppelstrukturen in der LINKEN und fand, dass DIE LINKE mehr externen Rat und Sachverstand benötige. Ob sie sich vorstellen könne, in einem ehrenamtlichen Beirat für DIE LINKE tätig zu werden, fragte Enkelmann Dahn abschließend. Ja, das könne sie sich vorstellen, gab diese zurück.

Gemeinsinn und Erneuerung

Landesparteitag der LINKEN tagte Anfang März in Potsdam

Von Sebastian Walter
Kreisvorsitzender der
Barnimer LINKEN

Am 5. und 6. März kam der 2. Landesparteitag der Brandenburger LINKEN in Potsdam zusammen. Zuvor als Arbeitsparteitag angekündigt, standen inhaltliche und strukturelle Debatten auf dem Programm, welche die Arbeit des Landesverbandes bis zu den nächsten Wahlen prägen werden.

Aus Barnimer Sicht sind verschiedene Entscheidungen besonders hervorzuheben. Der Leitantrag „Den Wandel sozial gestalten“ wurde mit großer Mehrheit angenommen. Er beschreibt die bisher von der rot-roten Landesregierung geleistete Arbeit und gibt einige Linien vor, wie es weiter gehen könnte. Die Debatten der letzen Wochen spiegelten sich auch in der Diskussion auf dem Landesparteitag wieder. Künftig müssen Entscheidungen der Landesregierung besser vermittelt werden: Die rote-rote Regierung hat im ersten Jahr ihrer Regierungszeit trotz knapper Kassen viele Investitionen getätigt und neue Projekte angestoßen. Jetzt muss es darum gehen, auf dem Weg zu mehr Gemeinsinn und Erneuerung voranzuschreiten und so einen wirklichen Politikwechsel im Land zu gestalten.

LINKE soll eine Mitmachpartei werden

Für die Landtagswahlen im Jahr 2014 fassten die Delegierten auch einen Beschluss zur Trennung von „Amt und Mandat“. In der neuen Landessatzung wird nun ein Passus aufgenommen, welcher vorschreibt, dass mögliche Ministerkandidaten von einem Landesparteitag und nicht nur vom Landesvorstand bestimmt werden sollen. Zusätzlich wird ein neuer Paragraph eingefügt, welcher die Trennung von Ministeramt und Landtagsmandat zum Ziel hat. Zu diesem Beschlussvorschlag hatte es in den vergangenen Monaten viele Debatten auch im Landkreis Barnim gegeben. Wirksam wird die neue Regelung erst ab der nächsten Legislaturperiode.

Ein weiterer wichtiger Beschluss befasste sich mit der Zukunft der Partei. Unter dem Slogan „Die neue Partei mit Leben füllen – DIE LINKE. Brandenburg 2020“ stellte der Landesvorstand eine Vielzahl von Projekten vor, die in den kommenden Jahren aus der märkischen LINKEN eine starke Mitmach- und Mitgliederpartei machen sollen. Strukturen sollen modernisiert, Kommunikation erleichtert, Umgang harmonisiert und das Parteileben kulturvoller werden.

Besonders das Thema CCS, welches nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Partei heftig umstritten ist, sorgte auf dem Parteitag für lebhafte Debatten. Die Bürgerinitiativen aus den von CCS-Verpressung betroffenen Regionen und eine Vertreterin von Greenpeace durften als Gäste auf dem Landesparteitag sprechen. Ein Antrag, die Möglichkeit eines CCS-Verbots in der EU-Richtlinie auch für Deutschland zu nutzen, fand keine Mehrheit. Stattdessen sprachen sich die Delegierten für scharfe Regeln, die die CCS-Anwendung fast unmöglich machen, aus. Sie forderten die Landesregierung auf, einem CCS-Gesetz, welches diesen Anforderungen nicht genügt, die Zustimmung zu verweigern.

Mit diesem Kompromiss wird die weitere Debatte hoffentlich versachlicht. Personalisierungen machen hier keinen Sinn und sind schlicht und einfach unerträglich.

Vergabegesetz und Kommunen

Kommunalpolitiker diskutierten mit Wirtschaftsminister /Im Landtag im April

Diskussion von Kommunalpolitkern mit Wirtschaftsminister Christoffers am 19. März zum Vergabegesetz. Foto: Chod

Von Margitta Mächtig
Vorsitzende des kommunalpolitischen forums e.V.

Am 19. März lud das kommunalpolitische forum e.V. den brandenburgischen Wirtschaftsminister, Ralf Christoffers, zu einer Diskussion über das geplante Vergabegesetz für Brandenburg ein. Christoffers erläuterte vor den mehr als 20 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sehr detailliert die europäischen und bundesrepublikanischen Rahmenbedingungen für das vorbereitete Landesgesetz. Er sprach sich gegen den Gesetzesentwurf der Bündnis 90/Grünen aus, weil er sich aus seiner Sicht mit nationalem und internationalem Recht nicht in Übereinstimmung bringen lässt. In einer sehr angenehmen Diskussionsatmosphäre wurden zahlreiche Fragen und Positionen zum Für und Wider des Vergabegesetzes diskutiert. Dabei ging es auch um die Frage, ob die Vertretungen eigene Vergabeausschüsse einsetzen sollten. Dahinter steckt die Frage, vertraue ich als Mitglied der Gemeinde-, Stadt- oder Kreisvertretung den Entscheidungen der Verwaltung, dass sie alle gesetzlichen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Vergabe erfüllt. Hauptursache für dieses Misstrauen liegt wohl darin, dass immer wieder ein Streit darüber entsteht, ob der billigste oder wirtschaftlichste Anbieter zu berücksichtigen ist. Und was heißt „wirtschaftlichstes Angebot“? Die Erfahrungen sind tatsächlich so, dass viele mögliche Kriterien nicht ausreichend berücksichtigt werden. So sind konkrete Forderungen beispielsweise zur Anwendung ökologischer Materialien oder zu den Service- und Wartungskosten durchaus heute schon zu berücksichtigen.

Ein interessanter Diskussionspunkt war auch, inwieweit die verfassungsmäßige Forderung der Konnexitätsprüfung (heißt: treten zusätzliche Kosten für die Kommunen ein, sind diese vom Land an die Kommunen zu zahlen) hier berücksichtigt wird.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN, Thomas Domres, bekräftigte, dass die Rechtssicherheit des Gesetzes gewährleistet werden soll und erinnerte an den Satz: „Kein Gesetz verlässt den Landtag so, wie es eingebracht wird“.

Deutlich erklärten Christoffers und Domres, dass den „Bemühungen“, ein solches Gesetz zu verhindern, vehement widerstanden wird.

Dr. Andreas Heinrichs, 2. Beigeordneter der Stadt Prenzlau, erläuterte anschaulich anhand seiner Stadt wie „Vergabe“ wirkt und welche möglichen Auswirkungen das Gesetz auf seine Kommune haben wird. *(Nachzulesen: www.kf-land-brandenburg.de)*. Dabei thematisierte er Probleme, die auch für die weitere Diskussion im Landtag hilfreich sind.

Die Bernauer Stadtfraktion der LINKEN lädt am **1.Juni, 18 Uhr,** zu einer thematischen Fraktionssitzung zu diesem Thema ein (Ort: Tagespresse entnehmen).

Arabische Welt im Aufbruch

Von Wolfgang Kraffczyk

Aktueller konnte das Thema am 21. März in der Reihe „Draufsichten-Ansichten-Einsichten“ des Bernauer Stadtverbandes der LINKEN, der bereits vor Wochen mit der Arabistin Prof. Dr. Karin Kulow vereinbart wurde, angesichts der Kampfhandlungen in Libyen kaum gewählt werden. Und so war der „Treff 23“ mit über 60 Teilnehmern gut gefüllt, die der Referentin zum Schluss mehrfach Applaus für ihre aufschlussreichen Ausführungen spendeten.

Dabei hatte sie eigentlich die Frage des Abends nicht eindeutig beantwortet. Vielmehr zeichnete sie ein differenziertes Bild von den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas und kam zu dem Ergebnis, dass die weitere Entwicklung dort letztlich nicht absehbar sei. Charakteristisch sei für die Mehrheit dieser Staaten ein Problemstau, die Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung bis in die Mittelschicht hinein, eine exorbitante Arbeitslosigkeit gerade für junge Leute und eine damit verbundene Perspektivlosigkeit sowie ein spürbares Defizit an politischen Rechten und Freiheiten. Da genügte der sprichwörtliche Tropfen, um das „Fass zum Überlaufen“ zu bringen: Ein junger Akademiker in Tunesien, dem man wiederholt den Gemüsehandel verbot und der sich daraufhin selbst verbrannte.

Die darauf folgenden Demonstrationen der Massen, der Sturz der Diktatoren in Tunesien und Ägypten und weitere Ereignisse hätten einen neuen „emanzipatorischen Prozess von unten“ eingeleitet, der sich jedoch vorwiegend gegen die Herrscher richtete. Ob er längerfristig erfolgreich gestaltet werden könnte, sei noch fraglich. Die eigentliche Umwälzung stünde nach Ansicht der Referentin noch bevor: Die Entmachtung der herrschenden Cliquen, Schaffung grundlegender demokratischer Verhältnisse und Änderungen in den Besitzverhältnissen.

Dabei sei die konkrete Situation in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich.

mehr: ***dielinke-barnim.de***

Frauen-geschichte(n) Catharine Macaulay

Von Berit Christoffers

Catherine Sawbridge Macaulay Graham, auch bekannt als Catharine Macaulay, wurde am 2. April 1731 im englischen Wye (Kent) als zweites von vier Kindern eines Gutsbesitzersehepaars geboren. Im Selbststudium erwarb sie sich umfassende Bildung in Literatur, Philosophie und Geschichte, mit Schwerpunkt römischer und griechischer Geschichte.
Erst mit 29 Jahren heiratete sie 1760 den 15 Jahre älteren schottischen Arzt und Witwer George Macaulay. Catherine gebar eine Tochter, wurde jedoch 1766 selbst Witwe. Dennoch wurde sie zu einer englischen Historikerin, Frauenrechtlerin und republikanischer Schriftstellerin. Ihr wird großer Einfluss auf Persönlichkeiten der amerikanischen Revolution nachgesagt.
Ab 1774 konnte Catherine Macaulay nach einem großzügigen Geschenk im Kurort Bath einen „Salon“ eröffnen, der zum Debattierclub wurde. Macaulay schrieb hier den ersten Band ihrer „Geschichte Englands“.
1775 und 1777 besuchte sie Paris, wo sie unter anderem Benjamin Franklin traf.
1778 brach Catherine ein weiteres Tabu: Sie heiratet mit 47 Jahren den 21-jährigen William Graham. Sie löste damit einen Skandal aus, der ihren Ruf in England untergrub. Ihre Erfolge als Schriftstellerin jedoch hatten sie finanziell unabhängig gemacht, so dass sie mit ihrem Ehemann nach Leicaster ziehen konnte. Sie lebte noch 13 Jahre, starb 1791 in Binfield.
Übrigens wird sie manchmal nur als „Macaulay“ zitiert. Man sollte sie nicht mit Thomas Macaulay verwechseln, der ebenfalls eine Geschichte Englands schrieb.

LINKE „Szenen“ aus Bernau

Politischer Aschermittwoch der Fraktion DIE LINKE im Club am Steintor

Von Jörg Staude

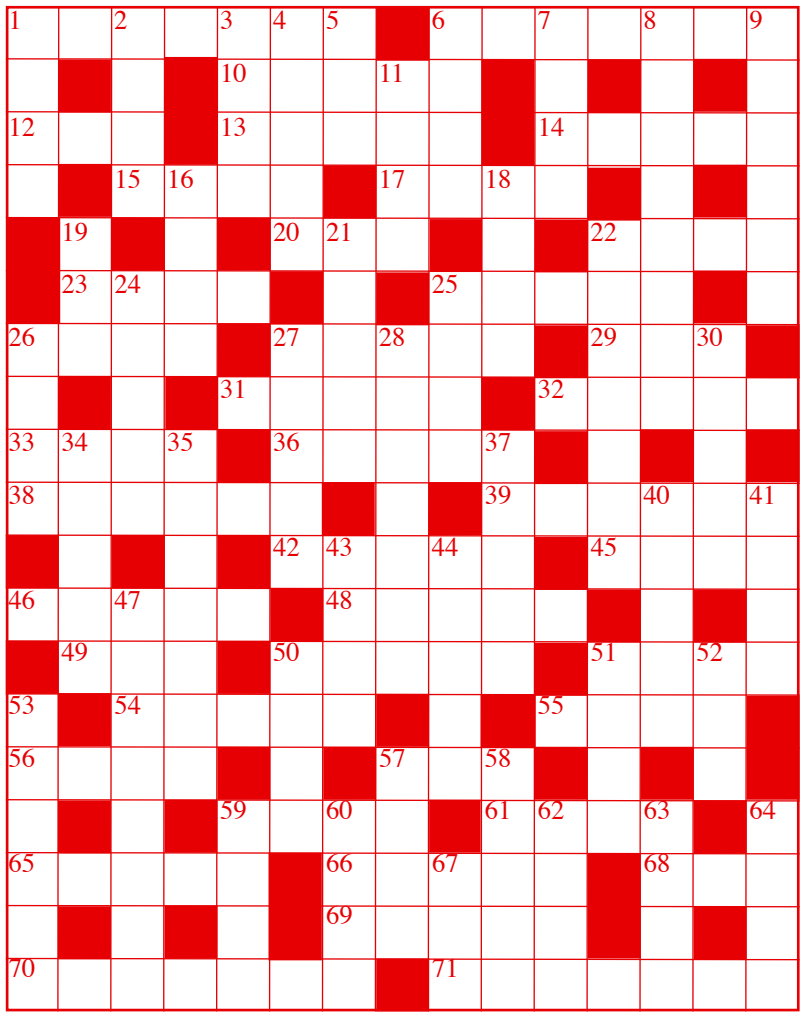
„Szenen einer Stadt“ nannte sich die Neuauflage des Politischen Aschermittwochs der Bernauer Stadtfraktion der LINKEN am 9. März. Schonungslos wurden die politischen Protagonisten der Stadt Bernau am Mittwochabend auf der Bühne des Clubs am Steintor seziert. Ob es um die vom Minister verkündete, in Wahrheit aber noch immer unvollendete Bahnhofssanierung ging oder um den Winterschlaf der Stadtverwaltung, während Bernau im Winterchaos versank – alles wurde auf die sprichwörtliche Schippe genommen und mit einem Tusch vom live gespielten Schlagzeug begleitet.
Höhepunkte der „Szenen“ waren zweifellos das publikumswirksame Rätselraten um das Schild mit dem Bernau‘schen Parkleitsystem (Eine chemische Formel? Polizistentreffpunkt?) oder der Auftritt von „Hybridis I.“, der – mit dem Habitus des amtierenden Bürgermeistes ausgestattet – im Stile eines selbstgefälligen

Politisches Programm mit (v.l.n.r.): B. Mierau, D. Enkelmann, G. Gaethke, J. Poppitz, B. Seeger, M. Ziemann, H. Ueckert, R. Heenemann, U. Meier, Chr. Poppitz, Chr. Rehmer, C. Schmidt. Foto: F. Müller

Potentaten noch jedes selbstverliebte Projekt mit dem vermeintlichen Wohl des Bürgers begründete.
In ihrer Rede zum Politischen Aschermittwoch ging Dagmar Enkelmann, wie erwartet kompromissloss, mit politischen Gegnern und Freunden ins Gericht, zerpflückte das Aufschwungsgerede von Brüderle und Co., nahm einen ordentlichen Schluck aus der Bierpulle und forderte denselben in diesem Jahr für Löhne und Gehälter. Gekonnt parodierte sie mit gefalteten Händen und unter lautem Gejohle des Publikums das „eiserne Röschen“, die Bundessozialministerin, und ließ die Brandenburger LINKE abtauchen in die Untiefen der Regierungsverantwortung.
Die LINKE bekam in den „Szenen“ einiges Fett weg – so gewann sie locker die satirische Wertung des größten politischen Eigentors 2010. Im Sketch „Vogelhäuschen“ wussten alle Strömungen und Gruppen der LINKEN – von der Kommunistischen Plattform bis hin zur Senioren AG – die winterliche Spontan-Idee, ein Vogelhäuschen aufzuhängen, für ihre hehren Ziele einzuspannen. Aus dem Vorjahresprogramm setzte die Fraktion ihre exemplarischen „Aufführungen“ dröger Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen fort und sorgte auch damit für Lachsalven. Alles in allem ein gelungenes Programm, mit dem die Stadtfraktion neue Maßstäbe setzte - fürs nächste Jahr.

OW Preisrätsel

Gewinnerin der Märzausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: Simone Flecks, Biesenthal, Lösungswort der März-Ausgabe: Frauentag; **Lösungswort dieser Ausgabe:** 38. und 31. waagerecht benennen ein Geburtstagskind im April; **bis zum 2. Mai** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“

Waagerecht: 1. vierkantige, nach oben spitz zulaufende Säule, **6.** sich wundern, **10.** Singvogel, **12.** engl. Anrede, **13.** Gesichtsausdruck, **14.** Himmelsrichtung, **15.** vertontes Gedicht, **17.** Brillenbehältnis, **20.** dt. Vorsilbe: schnell, **22.** Tonintervall, **23.** engl.: Haut, **25.** Kunstform, **26.** westeurop. Fluss, **27.** Reinigungsgerät, **29.** Trinklokal, **31.** zus. mit 38. waag.: Barnimer Zeitung der LINKEN, **32.** chem. Element, Halbmetall, **33.** Besitzanzeige, **36.** norddt. Landschaftstyp, **38.** siehe 31. waag., **39.** lat.: Seele, Geist, **42.** Staat im Himalaya, **45.** Besucher, **46.** Stuhlteil, **48.** Wildpfleger, **49.** Aufgussgetränk, **50.** alte röm. Münze, **51.** Kohleprodukt, **54.** bebautes Feld, **55.** Gegenteil von nah, **56.** engl.: dunkel, **57.** Abk.: Telefon, **59.** Insekt, Parasit, **61.** Fürst d. Kiewer Rus, **65.** Sportboot, **66.** Gewebe m. Maserung, **68.** Ordnung d. Fische, **69.** Verbindg. zw. elektr. Gerät und Erde, **70.** Gepäckstück (Mz.), **71.** Inserat

Senkrecht: 1. franz. Fluss, **2.** engl. Adelstitel, **3.** Biene, **4.** feine Textilfaser, **5.** korean. Familienname, **6.** Festgetränk, **7.** Seemannsgruß, **8.** vaterländisch, **9.** Teil des Bruches, **11.** kl. Deichschleuse, **16.** Schreitvogel, **18.** Lanzenreiter, **19.** König von Juda, **21.** Nebenfluss der Rhone, **22.** undurchsichtig, **24.** islam. Herrscher, **25.** brit.-amerikan. Physiker/Fotograf (1882-1960), **26.** Denkschrift (Kurzf.), **27.** Rundung, **28.** karge Landschaft (Mz.), **30.** Bilderrätsel, **34.** Drall einer Kugel, **35.** geometr. Figur, **37.** alte dt. Münze, **40.** Handwerker, **41.** Raummaß f. Holz, **43.** früher, **44.** Spargelgewächs, **47.** Anhörung (Mz.), **50.** Stadt in Kent, **51.** Objektiv (Kurzf.), **52.** schmal, **53.** Vorweihnachtszeit, **57.** german. Gott d. Donners, **58.** ital. Schauspielerin (geb. 1934), **59.** zufrieden, glücklich, **60.** Vorzeichen, **62.** Frühling, **63.** weibl. Vorname (Kurzf.), **64.** Fluss im Harz, **67.** Gebirge in Kleinasien